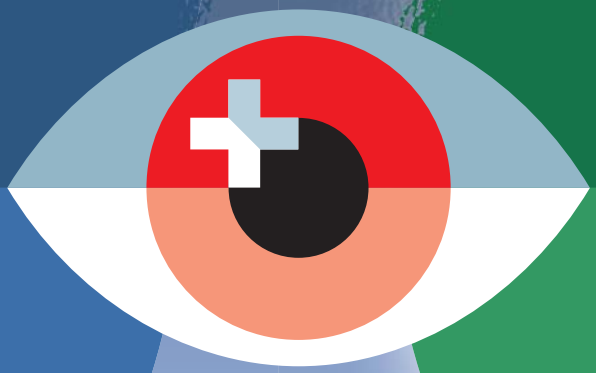
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

SICHERHEIT SCHWEIZ 2019



Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

SICHERHEIT SCHWEIZ 2019

Lagebericht
des Nachrichtendienstes des Bundes

Inhaltsverzeichnis

Nachrichtendienstliche Beiträge an die Sicherheit der Schweiz

„Die Welt ist aus den Fugen!“ Medien wie Politiker verwenden diesen Satz oft, um die heutige internationale Ordnung beziehungsweise Unordnung zu beschreiben. Unser sicherheitspolitisches Umfeld ist fragmentierter und komplexer geworden und damit schwieriger zu beurteilen. Die starke Zunahme nichtstaatlicher Akteure, die Möglichkeiten hybrider Kriegführung, die Rückkehr der Machtpolitik mit teils ausgeprägt unilateralen Zügen, erhöhte Spannungen zwischen den westlichen Staaten und Russland, aber auch die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in europäischen Ländern sind Teile eines scheinbar kaum mehr fixierbaren Lagebildes. Die alte Ordnung wandelt sich unter dem Druck neuer politischer, wirtschaftlicher, militärischer, aber auch technologischer, sozialer und kultureller Kräfte. Wo dieser Wandel hinführt, ist ungewiss.

In dieser Welt der Verunsicherung und wachsender Unsicherheit gewinnt der Nachrichtendienst an Bedeutung: Seine Fähigkeiten der Antizipation und Früherkennung sind nötig, um Bedrohungen rechtzeitig zu identifizieren und zu beurteilen und – wo opportun – präventiv Massnahmen zu ergreifen. Das aus ungezählten Lagefragmenten zusammengefügte nachrichtendienstliche Gesamtlagebild ergänzt die Entscheidungsgrundlagen der sicherheitspolitisch Verantwortlichen wesentlich.

In neuem Design und einfacher strukturiert, stellt der vorliegende Jahresbericht des NDB der interessierten Öffentlichkeit die wichtigsten Lageentwicklungen aus nachrichtendienstlicher Sicht vor. In jedem Kapitel führt der NDB aus, was er zur entsprechenden Thematik sieht und was er erwartet. In einem neuen Kennzahlenkapitel finden sich Informationen und Daten, die bislang im Geschäftsbericht des Bundesrates publiziert wurden. Zudem enthält es die Kennzahlen zu den genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen. Sie zeigen, dass diese, die Grundrechte besonders einschränkenden Massnahmen weiterhin auf die Bekämpfung von Terrorismus und verbotenem Nachrichtendienst fokussiert bleiben.

Ich freue mich, wenn dieser jährliche Lagebericht des NDB wiederum bei einem breiten Publikum auf Interesse stösst.

Viola Amherd, Bundesrätin
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Der Lageberichtin Kürze

Die Herausforderungen für die sicherheitspolitischen Organe werden seit Jahren komplexer. Der Lageradar des NDB ist eines der Instrumente, das der Sicherheitspolitik der Schweiz Orientierung bietet und für die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz die aus nachrichtendienstlicher Sicht zentralen Themen darstellt.

- Die politische Stabilität und wirtschaftliche Robustheit in Europa nimmt ab. Europa steht im Bann eigener Krisen und globaler Machtkämpfe: Vor diesem Hintergrund werden die negativen Auswirkungen der Rückkehr der Machtpolitik und damit der wachsenden machtpolitischen Rivalitäten zwischen den USA, Russland und China auf die Sicherheit der Schweiz immer deutlicher sichtbar: Die zunehmende Unsicherheit in ihrem Umfeld gewinnt für die Schweiz sicherheitspolitisch an Bedeutung.

- Das gewachsene Selbstvertrauen Russlands beruht vor allem auf seiner wiedergewonnenen militärischen Stärke und dem straff organisierten Machtapparat unter Präsident Putin. Es will als Grossmacht auf Augenhöhe mit den USA wahrgenommen werden. Einschränkungen in den militärischen Kapazitäten bleiben allerdings bestehen. Russland wird deshalb weiterhin auf Beeinflussungsoperationen setzen, also auf Aktivitäten wie Informationskampagnen, Manipulation und Propaganda bis hin zu offenem politischem, militärischem und wirtschaftlichem Druck. Auch Erpressung und, in einzelnen Fällen, gewaltsame Aktionen bleiben möglich.

- Die USA setzen zur Wahrung ihrer Sicherheit und ihrer nationalen Interessen im globalen strategischen Wettbewerb neben militärischer Stärke auch stark auf wirtschaftlichen Druck. Ein wichtiges Instrument sind dabei extraterritorial wirkende sekundäre Sanktionen. Damit sollen insbesondere in der Iranpolitik Drittstaaten und grosse international tätige Unternehmen gezwungen werden, die Vorgaben der USA zu akzeptieren. Präsident Trump lehnt Einschränkungen der nationalen Souveränität der USA durch multilaterale Mechanismen ab, steht den Allianzen der USA skeptisch gegenüber und zeigt eine ausgeprägte Bereitschaft zum nationalen Alleingang.

- China wird weiterhin alles daransetzen, wirtschaftlich und militärisch zu wachsen: Eine grundlegende Abkehr vom bisherigen Kurs bleibt sehr unwahrscheinlich. Iran wird versuchen, die Präsidentschaft Trump auszusitzen, und nicht kapitulieren. Ein vollständiger Verzicht Nordkoreas auf Nuklearwaffen und für deren Ein-

satz geeignete Trägersysteme bleibt unwahrscheinlich, auch wenn es punktuell Abrüstungssignale sendet.

- Der Nahe und der Mittlere Osten sowie Nordafrika mitsamt der Sahelzone bleiben Schauplätze zahlreicher kriegerischer und bewaffneter Konflikte. So haben das syrische Regime und seine russischen und iranischen Verbündeten zwar die Aufständischen strategisch geschlagen, den Sieg aber noch nicht errungen. Der „Islamische Staat" und andere dschihadistische Gruppierungen sind trotz massiven Verlusten nach wie vor zu grösseren Anschlägen fähig. Dschihadistische Gruppierungen und die von ihnen gelenkten oder inspirierten Personen und Kleingruppen prägen die Terrorbedrohung in Europa. Die Terrorbedrohung in der Schweiz bleibt erhöht.

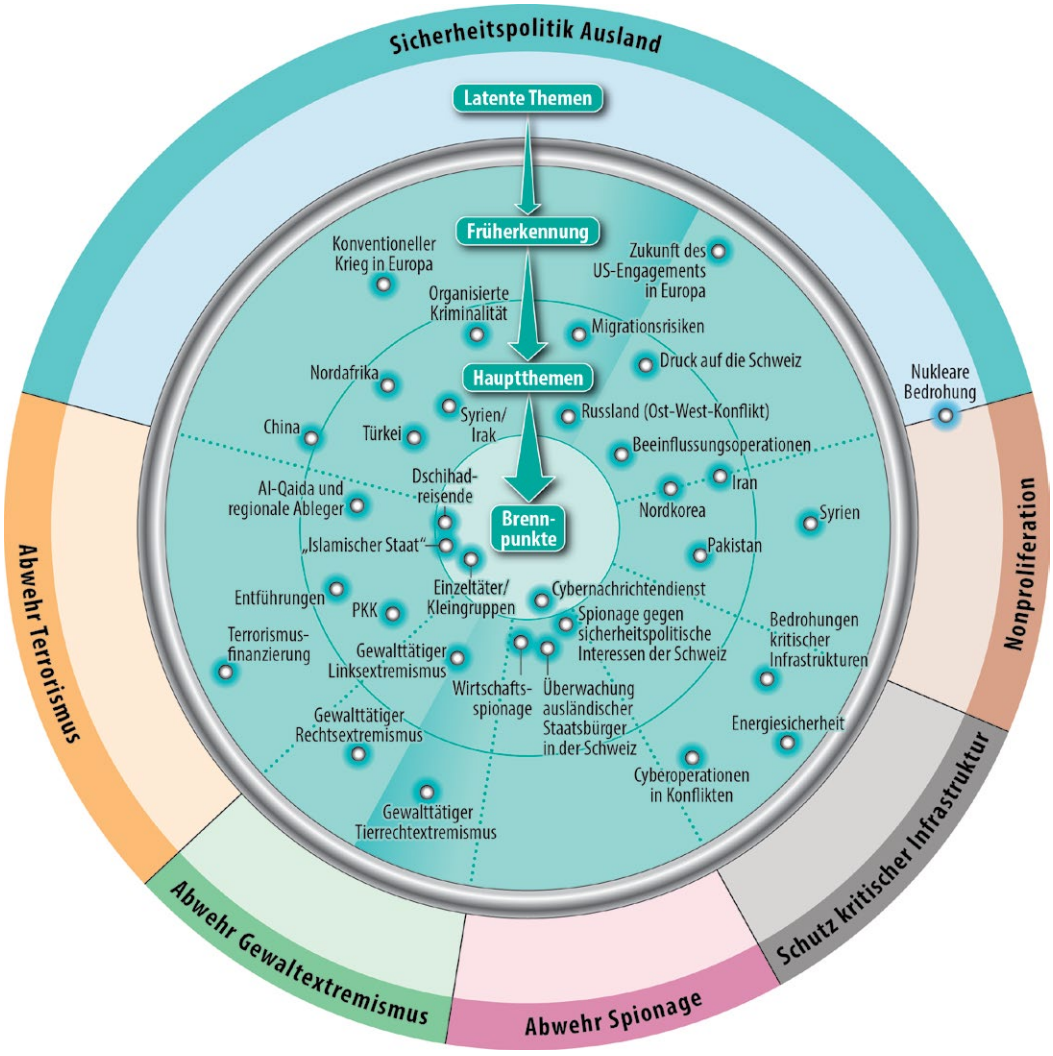
- Die rechtsextreme Szene ist im Aufbruch. Mehrere Gruppierungen verfügen mittlerweile über offene Webseiten, und in der Waadt hat eine Gruppierung sogar ein eigenes Vereinslokal eröffnet. Handkehrum verhält sich die Szene weiter konspirativ, und es bleibt vorderhand unklar, ob sie sich wieder vermehrt in Richtung konkrete Gewaltanwendung bewegt. Ihr Gewaltpotenzial bleibt jedoch unverändert vorhanden, ebenso dasjenige der linksextremen Szene. Diese ist international vernetzt, was mit ein Grund für die seit 2017 feststellbare teilweise Intensivierung der Gewaltausübung sein dürfte. Die Linksextremen bündeln ihre Aktionen zu Kampagnen, insbesondere gegen die vermeintliche Repression und hier namentlich gegen die Erweiterung des Gefängnisses Bässlergut in Basel, und solidarisieren sich mit der PKK zugunsten der kurdischen Selbstverwaltungsgebiete in Nordsyrien. Die Rückkehr von an Waffen ausgebildeten Linksextremen aus diesen Gebieten beschäftigt die europäischen Sicherheitsbehörden.

- Im Bereich der Proliferation bleibt die Attraktivität von Massenvernichtungswaffen hoch, und der technische Fortschritt begünstigt deren Erwerb. Im Bereich der zivilen Kerntechnologie ist es heute China, das die Dynamik prägt. Damit verschieben sich auch Schwergewichte der Verpflichtung für die Nonproliferation und für das Verhindern des Entstehens neuer Kernwaffenstaaten. Bei den Zielländern der Proliferation – Pakistan, Iran, Syrien (möglicher Ersatz für Chemiewaffenprogramm), Nordkorea – hat sich die Lage nicht verändert.

- Mit der Rückkehr der Machtpolitik hat auch die Spionage weiter an Gewicht gewonnen – als Mittel der Informationsbeschaffung befindet sie sich weltweit im Aufwind. Russland mit einer grossmachtpolitisch und China mit einer insbesondere wirtschaftlich getriebenen Agenda stehen hier an erster beziehungsweise zweiter Stelle. Der breitere, zahlreiche andere Staaten mitumfassende Trend, Interessen vermehrt mit Macht anstatt mit rechtlichen Mitteln oder in multinationalen Gremien durchzusetzen zu versuchen, könnte vermehrt zu schweren Straftaten wie Entführungen oder Ermordungen auf staatliches Geheiss führen. Ausländische Nachrichtendienste dürften bei der Vorbereitung, der Durchführung und der Nachbehandlung solcher Aktionen eine Rolle spielen. Auch der Einsatz von Cybermitteln als zentralem Instrument nationaler Machtausübung dürfte weiter an Gewicht gewinnen.

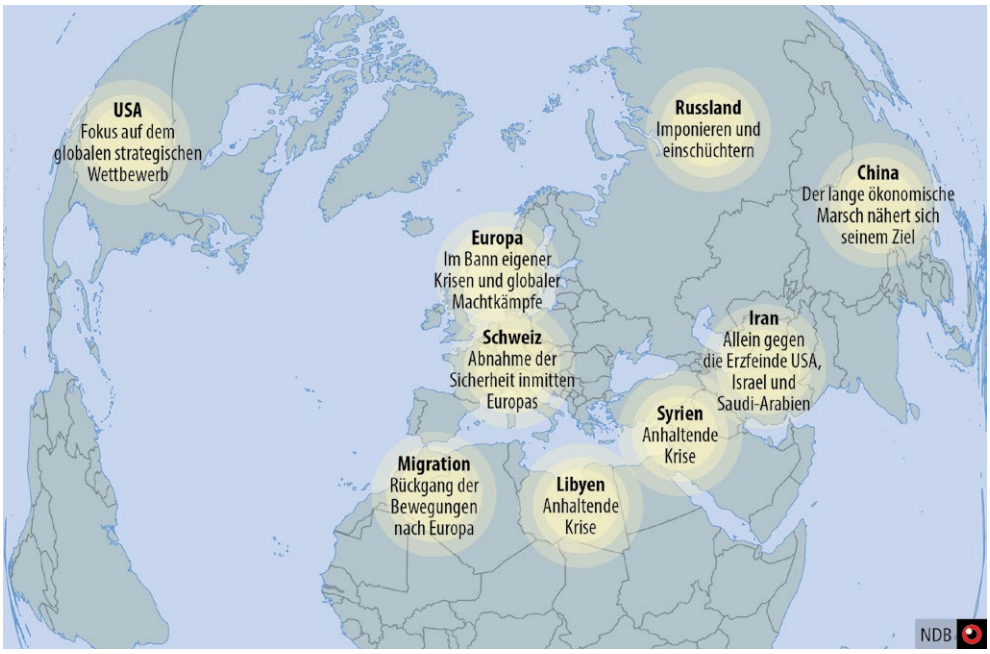
Instrument Lageradar

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Punkten „Migrationsrisiken" und „organisierte Kriminalität". Auf diese beiden Punkte wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.



Strategisches Umfeld

Was sieht der NDB?



Schweiz: Abnahme der Sicherheit inmitten Europas

Die geografische Lage inmitten Europas, umgeben von Rechtsstaaten, verschafft der Schweiz und ihrer Bevölkerung ein hohes Mass an Sicherheit. Im Unterschied zu den baltischen Staaten, zu Polen und zur Ukraine ist die Schweiz nicht direkt betroffen vom Streben Russlands nach Rückgewinnung der Einflusszone in Osteuropa. Auch die rund 136'000 Migrantinnen und Migranten, die 2018 auf den Mittelmeerrouten und auf dem Landweg nach Europa gelangten, landeten zuerst einmal nicht in der Schweiz, sondern in Spanien, Italien oder Griechenland. Trotzdem ist die Sicherheitspufferzone der Schweiz insgesamt schwächer geworden, da die politische Stabilität und wirtschaftliche Robustheit in Gesamteuropa seit einigen Jahren abnimmt. Insbesondere die innereuropäischen Migrationsbewegungen und die 2018 insgesamt in der EU gestellten 628'000 Asylgesuche verstärken die politische Polarisierung in der EU und stellen eine Belastung für deren Zusammenhalt dar.

Durch die zunehmende Unsicherheit im Umfeld hat die Sicherheitspolitik auch für die Schweiz an Bedeutung gewonnen. Bereits jetzt werden die Sicherheitsbehörden durch die anhaltend erhöhte Terrorbedrohung, die intensiven nachrichtendienstlichen Aktivitäten insbesondere Russlands und die Cyberangriffe auf die Schweizer Wirtschaft aus China, Russland und weiteren Staaten herausgefordert. Regionalmächte wie die Türkei oder Iran verfolgen Regimegegner auch auf europäischem

Territorium und schrecken nicht vor Entführungen beziehungsweise im Fall Irans Anschlagsversuchen zurück. Auch die Abwehr von Proliferationsversuchen erfordert viel Aufmerksamkeit und Aufwand.

Europa: Im Bann eigener Krisen und globaler Machtkämpfe

In den letzten Jahren nahmen die politischen Spannungen in der EU vor allem wegen des Migrationsdrucks und wirtschaftlicher Schwächen deutlich zu. Die EU ist wegen des Austrittsprozesses Grossbritanniens und der Sorge um die Stabilität der Eurozone weitgehend mit sich selbst beschäftigt. Die Polarisierungen zwischen Nord und Süd, West und Ost, Zentrum und Peripherie treten offen zu Tage. Angesichts des steigenden Drucks aus Russland hängt die Sicherheit Europas weiterhin in erster Linie vom politischen Willen und den militärischen Fähigkeiten der USA und der Nato ab. Die Vorstösse des französischen Präsidenten Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel im November 2018 zum Aufbau einer europäischen Armee bleiben währenddessen vage. Sie drücken vor allem Zweifel an der amerikanischen Bereitschaft zur Verteidigung Europas aus und wurden vom russischen Präsidenten Putin dementsprechend als Beitrag für den Aufbau einer multipolaren Welt begrüsst. Effektiv sind die USA jedoch seit den Angriffen auf die Ostukraine und der russischen Annexion der Krim 2014 dabei, ihre militärischen Fähigkeiten in Europa zu verstärken. Im November 2018 überprüfte die Nato mit ihrem Grossmanöver Trident Juncture unter anderem die Einsatzbereitschaft ihrer schnellen Eingreiftruppe. Sie signalisierte Russland mit der grössten Militärübung seit 2002 und dem Einsatz von 50’000 Beteiligten ihren Willen und ihre Fähigkeit zur Verteidigung.

Vor dem Hintergrund interner Schwierigkeiten der europäischen Institutionen zeigen sich die negativen Auswirkungen der wachsenden machtpolitischen Rivalitäten zwischen den USA, Russland und China auf die Sicherheit der Schweiz – insbesondere mit einer Zunahme der nachrichtendienstlichen Aktivitäten – immer deutlicher. Die USA sehen ihre militärische Dominanz durch die wachsenden Fähigkeiten der russischen und chinesischen Streitkräfte zunehmend unter Druck. Im globalen Wettbewerb um massgeblichen Einfluss werden sie vor allem durch China mit seinem grossen und weiter stark wachsenden wirtschaftlichen Potenzial herausgefordert.

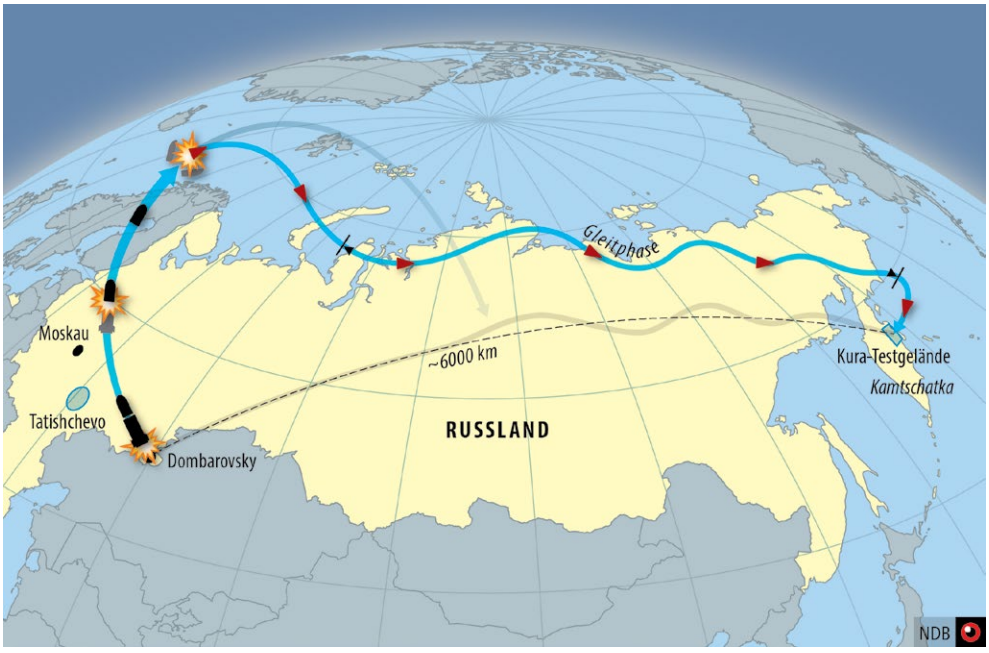
Russland: Imponieren und einschüchtern

Russland gewinnt seit bald zwei Jahrzehnten stetig an Stärke und Selbstvertrauen im Innern wie nach aussen. Die Wiederwahl Putins ins Präsidentenamt schaffte die

Voraussetzung dafür, dass der Kreml an seiner forcierten aussenpolitischen Strategie zur Rückgewinnung der russischen Grossmachtrolle auf der internationalen Bühne festhalten wird.

Das gewachsene Selbstvertrauen Russlands beruht vor allem auf seiner wiedergewonnenen militärischen Stärke und dem straff organisierten Machtapparat unter Präsident Putin. Im September 2018 fand die militärische Grossübung Vostok 2018 im Militärbezirk Ost statt. Es beteiligten sich Kräfte aus dem Militärbezirk Mitte und der Nordflotte sowie eher symbolische Kontingente Chinas und der Mongolei. Laut offiziellen Angaben war es mit knapp 300'000 Beteiligten das grösste Manöver seit 1981. Eines der Übungsziele war die Verlegung von Truppen über grosse Distanzen. Mit den jährlichen Grossübungen in einem der vier Militärbezirke stellt Russland die Modernisierung und Restrukturierung seiner Streitkräfte und die damit wiedererlangte militärische Stärke nach innen und aussen wirkungsvoll zur Schau. Auch mit dem erfolgreichen Einsatz vor allem der Luftwaffe in Syrien gewinnen die Streitkräfte laufend wertvolle Erfahrungen.

Ende 2018 testete Russland erfolgreich ein hyperschallschnelles Waffensystem. Die Avangard wird einen wichtigen Pfeiler in der russischen nuklearen Abschreckung darstellen; China und die USA bemühen sich, den Rückstand im Bereich Hyperschalltechnologie aufzuholen. Die operationelle Verfügbarkeit solcher Waffensysteme dürfte sich auf die Stabilität der globalen Sicherheitslage negativ auswirken.



Am 4. März 2018 wurden im englischen Salisbury ein ehemaliger russischer Doppelagent und seine Tochter mit einem militärischen Nervenkampfstoff vergiftet. Beide überlebten den Anschlag mit viel Glück. Der Kontakt mit dem giftigen Material kostete indessen einer nicht direkt in den Anschlag involvierten Person das Leben. Eine russische Urheberschaft gilt heute als sehr wahrscheinlich. Das russische Regime signalisierte damit, dass sich der Westen und die eigenen Verräter fürchten sollen. Die daran anschliessende russische Desinformationskampagne folgte dem Muster ähnlicher Beeinflussungsoperationen, die Zwiespalt unter den EU-Mitgliedern säen, die Beziehungen Europas zu den USA negativ beeinflussen und allgemein Unsicherheit, Angst und Misstrauen verbreiten sollen. Die Reaktionen des Westens auf den Mordanschlag fielen aber wohl weit heftiger und geeinter aus, als Russland angenommen hatte. Bis Ende März 2018 wiesen 29 westliche Staaten rund 150 russische Personen mit meist nachrichtendienstlichem Hintergrund aus. Mit dem demonstrativen Tötungsversuch und dem anschliessenden Abstreiten der Verantwortung für die Tat hat die russische Führung im westlichen Ausland weiter an Vertrauen verloren.

USA: Fokus auf dem globalen strategischen Wettbewerb

Präsident Donald Trump und seine Administration nehmen ein strategisches Umfeld wahr, in dem die Sicherheit, der Wohlstand und die globalen Interessen der USA durch eine Reihe staatlicher Akteure bedroht werden. Die im Dezember 2017 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie sieht die USA insbesondere durch einen verschärften strategischen Wettbewerb mit den „revisionistischen Grossmächten" Russland und China herausgefordert.

Die USA reagieren darauf zunächst mit Massnahmen zur Stärkung ihrer Streitkräfte. Mit einer deutlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben sollen Defizite in der Einsatzbereitschaft behoben sowie gewisse Verstärkungen und umfangreiche Modernisierungsprogramme finanziert werden. Zur Verbesserung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten gegenüber Russland setzen die USA auch auf eine Verstärkung ihrer militärischen Fähigkeiten in Europa. Diese realen Massnahmen markieren einen deutlichen Kontrast zu Äusserungen des Präsidenten, mit denen er die Nato scharf kritisiert und Zweifel an seinem transatlantischen Engagement geweckt hatte. Die USA fordern allerdings weiterhin mit Nachdruck substanzielle Verstärkungen der europäischen Beiträge zur gemeinsamen Verteidigung. Sie sind auch nicht mehr bereit, die russischen Verletzungen des Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (INF-Vertrag) hinzunehmen und haben am 2. Februar 2019

den Vertrag gekündigt. Die USA und die Sowjetunion hatten sich 1987 im INF-Vertrag verpflichtet, ihre landgestützten ballistischen Lenkwaffen und Marschflugkörper mittlerer Reichweite abzubauen. Russland verfügt heute auch nach Beurteilung des NDB über eine substanzielle Anzahl landgestützter Marschflugkörper mit einer vom INF-Vertrag verbotenen Reichweite.

Zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen setzen die USA stark auf wirtschaftlichen Druck. Sanktionen bleiben ein zentrales Element der amerikanischen Aussenpolitik, und die USA arbeiten dabei nicht zuletzt mit sekundären, extraterritorial wirkenden Massnahmen. Exemplarisch zeigt sich dies in der Politik gegenüber Iran. Die Drohung mit einem Ausschluss vom amerikanischen Markt und vom global dominierenden Finanzsystem der USA lässt vor allem grossen, international tätigen Unternehmen praktisch keine andere Wahl als den Rückzug aus dem Iran-geschäft.

Präsident Trump hat sich zum Ziel gesetzt, die massiven Ungleichgewichte im Aussenhandel zu korrigieren, die er vorab in einem unfairen Handel mit China begründet sieht, aber auch mit anderen zentralen Handelspartnern. Diesen Ungleichgewichten will er vor allem mit der Androhung oder Verhängung von Zöllen begegnen. Damit soll zum einen die amerikanische Industrie geschützt, zugleich aber auch der Druck auf die Handelspartner der USA verstärkt werden, um eine weitere Marktöffnung und verbesserten Schutz geistigen Eigentums durchzusetzen.

China: Der lange ökonomische Marsch nähert sich seinem Ziel

1978 begann unter der Führung Deng Xiaopings die wirtschaftliche Öffnung Chinas und damit der lange Marsch an die Spitze der Weltwirtschaft. Mit dem 2015 verabschiedeten Programm „Made in China 2025“ und einigen weiteren Programmen soll China in wenigen Jahren zur technologischen Führungsmacht aufsteigen. Dazu fördert es eigene Schlüsselindustrien gezielt, auch mittels Spionage und erzwungenem Technologietransfer. Ausländischen Investoren werden unverhältnismässig hohe Hürden in den Weg gelegt; die Kommunistische Partei bleibt eng mit Privatunternehmen verzahnt. Handkehrum werden strategisch wichtige Investitionen mit grosszügigen Krediten der Staatsbanken finanziert. Seit 2013 investiert China so Hunderte Milliarden Dollar in Dutzenden von Staaten in seine neue Seidenstrasseninitiative und schafft sich damit weit über Asien hinaus eine Vielzahl von wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und kulturellen Einflussmöglichkeiten. Auch militärisch arbeitet China weiterhin konsequent und zielgerichtet am Ausbau seiner Fähigkeiten. Das chinesische Entwicklungsmodell von hohen Wachstumsraten unter

der Führung eines autoritären und antiliberalen politischen Systems stösst vor allem in Asien und Afrika auf Bewunderung.

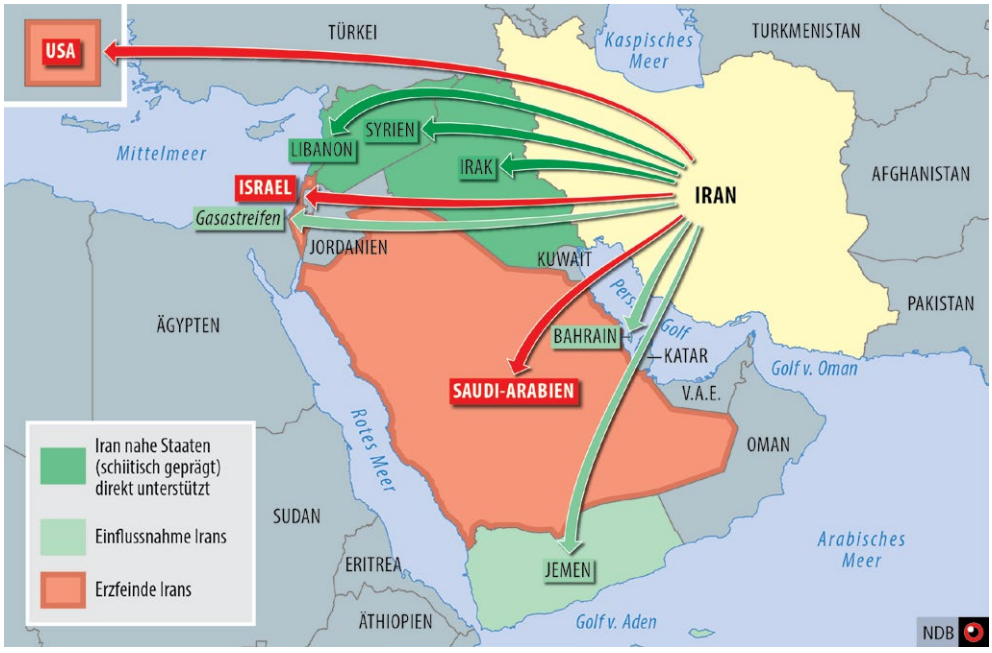
Chinas Aufstieg trifft jedoch zunehmend auf Widerstand. Im Juni 2018 eröffneten die USA mit der Verhängung von Zöllen auf Importen aus China einen Handelskonflikt mit noch offenem Ausgang und potenziell sehr hohen Kosten für die USA und die Weltwirtschaft. Der chinesische Traum Xi Jinpings vom Wiederaufstieg der einstigen Weltmacht China wird in den USA von einem breiten politischen Spektrum als Albtraum für die liberale, an Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten orientierte westliche Welt verstanden. Der amerikanische Vizepräsident Pence formulierte dies am 4. Oktober 2018 in seiner China-Rede am Hudson Institute in Washington in scharfen Worten. Neben unfairen und illegalen Massnahmen zur Stärkung der chinesischen Wirtschaft warf er China vor allem auch militärisches Machtstreben vor. China ziele auf die Verdrängung der USA aus dem Westpazifik und wolle damit auch verhindern, dass die USA ihre Verbündeten militärisch unterstützen können. Die chinesische Führung unterdrücke zudem systematisch die Meinungsäusserungsfreiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und versuche selbst in den USA, die Berichterstattung der Medien zu China und das Chinabild der Filmindustrie mit massivem Druck zu beeinflussen.

Iran: Allein gegen die Erzfeinde USA, Israel und Saudi-Arabien

Seit der islamischen Revolution 1979 werden an religiösen Veranstaltungen und an staatlich organisierten Demonstrationen ritualisierte Todeswünsche an die Adresse der USA und Israels gerufen. Die Feindschaft gegenüber Israel und den USA, die beide den Schah von Persien gegen die Revolutionäre unterstützt hatten, und gegenüber dem wahhabitischen Saudi-Arabien gehört zum ideologischen Kern des Regimes. Der damalige amerikanische Präsident Obama und die westlichen Verbündeten erhofften sich mit dem Abschluss des Nuklearabkommens (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) und der damit verbundenen Wiedereingliederung Irans in die Weltwirtschaft über die verbleibenden Einschränkungen Irans im Nuklearbereich hinaus, dass sich das iranische Regime allmählich von innen liberalisieren und auf die Fortsetzung seiner radikal antiisraelischen, antiamerikanischen und antisaudischen Politik verzichten werde.

Die Administration Trump teilt diese Hoffnung ganz offensichtlich nicht. Im Mai 2018 kündete Präsident Trump den Ausstieg der USA aus dem JCPOA an. Mit der Wiedereinführung aufgehobener oder suspendierter Sanktionen gegen Iran zielen die USA nicht nur auf eine massive Reduktion der iranischen Ölexporte und damit des wichtigsten Devisenbringers, sondern auf eine weitgehende wirtschaftliche Iso-

Einfluss Irans in der Region



lation Irans ab, wobei sekundäre Wirtschaftssanktionen, die auch gegen Drittstaaten und ausländische Unternehmen wirken, eine Hauptrolle spielen. Die USA wollen damit eine Verschärfung und unbefristete Verlängerung der bisherigen iranischen Einschränkungen im Nuklearbereich erreichen sowie eine Beendigung des ballistischen Raketenprogramms und der regionalen Machtausdehnung Irans.

Nach amerikanischer Auffassung ist der JCPOA eine politische Vereinbarung und kein rechtlich bindender Vertrag. Nach Auffassung der mitbeteiligten Staaten und insbesondere Irans handelt es sich beim amerikanischen Vorgehen dagegen um Vertragsbruch. Die EU hat bisher weitgehend vergeblich versucht, den Handel mit Iran weiterhin zu ermöglichen. Ihr eng limitierter wirtschaftlicher und politischer Handlungsspielraum gegenüber den USA wird dabei einmal mehr deutlich.

Die amerikanischen Sanktionsbestimmungen bewirken vorerst mindestens eine Halbierung der iranischen Erdölexporte auf rund eine Million Fass pro Tag. Zusammen mit den weiteren Massnahmen und vor allem mit dem faktischen Ausschluss aus dem internationalen Zahlungsverkehr wird Iran wirtschaftlich hart getroffen. Der Aussenwert der iranischen Währung sank von März bis Dezember 2018 um mehr als 70 Prozent. Die Inflationsrate beträgt bereits rund 30 Prozent und steigt weiter. Der Internationale Währungsfonds rechnet für 2019 mit einem Wirtschaftsrückgang von etwa 3,6 Prozent.

Syrien und Libyen: Anhaltende Krisen

Das syrische Regime und seine russischen und iranischen Verbündeten haben die Aufständischen strategisch geschlagen, den Sieg aber noch nicht errungen. Was noch fehlt, ist die Rückgewinnung der Kontrolle über das gesamte Territorium. Die syrischen Streitkräfte sind personell schwach und nur zu begrenzten Offensiven fähig. Sie sind daher weiterhin auf die militärische Unterstützung Russlands und der von Iran finanzierten und geführten Milizen angewiesen. Der „Islamische Staat“ und andere dschihadistische Gruppierungen sind trotz massiven Verlusten nach wie vor zu grösseren Anschlägen fähig.

In Libyen fehlt weiterhin eine politisch-militärische Kraft, die das Gewaltmonopol des Staats wiederherstellen kann. Hauptmerkmale der herrschenden Anarchie sind zwei schwache, miteinander konkurrierende Machtzentren, eine Vielzahl von Milizen, die oft auch kriminelle Aktivitäten verfolgen, sowie eine anhaltende Bedrohung durch Zellen des lokalen Ablegers des „Islamischen Staats“. Die Erdölförderung als zentraler legaler Devisenbringer Libyens ist stets von Unterbrüchen bedroht.

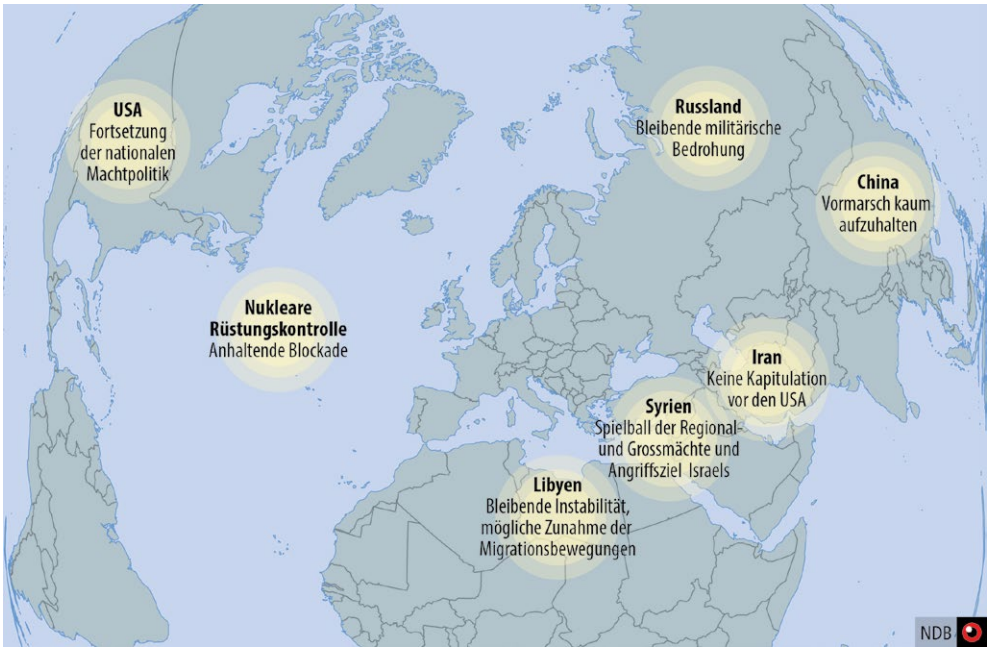
Migration: Rückgang der Bewegungen nach Europa

Migrationsbewegungen sind an sich keine sicherheitspolitische Bedrohung für die Schweiz. Unter Migrantinnen und Migranten können sich jedoch vereinzelt auch Personen befinden, die Verbindungen zu terroristischen Kreisen oder terroristische Absichten haben. Migration kann auch ethnische Spannungen oder gewalttätigen Extremismus fördern und einen Einfluss auf die Entwicklung der Kriminalität haben.

Die Asyl- und Migrationslage in Europa hat sich 2018 gegenüber den Vorjahren weiter entspannt. In der EU wurden 2018 insgesamt rund 628'000 Asylgesuche gestellt; 2015 waren es über eine Million gewesen. Die Situation im Asylbereich in der Schweiz wird hauptsächlich durch die Migrationsbewegungen auf der zentralen Mittelmeeroute nach Italien bestimmt. Diese Route nutzten 2018 rund 23'000 Personen, deutlich weniger als in den Vorjahren. Der Rückgang ist nicht zuletzt eine Folge des harten Kurses der italienischen Regierung in der Migrationspolitik sowie der gesteigerten Effektivität der libyschen Küstenwache. Die Migrantinnen und Migranten auf der zentralen Mittelmeerroute stammten hauptsächlich aus Tunesien, Eritrea, dem Irak, Sudan und Pakistan und reisten mehrheitlich über Libyen ein, rund ein Viertel über Tunesien. Die westliche Route von Marokko nach Spanien auf dem See-

und Landweg hat sich 2018 mit rund 65’000, mehrheitlich französischsprachigen Personen aus Marokko, Guinea, Mali, Côte d’Ivoire, Algerien und weiteren Staaten zur wichtigsten Route entwickelt. Die Schweiz wurde von der Migration über diese Route bisher kaum betroffen. Eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr gab es mit rund 48’000 Personen auf der östlichen Mittelmeerroute. Die meisten Migrantinnen und Migranten stammten aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, der Türkei und dem Kongo und gelangten über die Türkei auf dem See- und Landweg nach Europa.

Was erwartet der NDB?



Russland: Bleibende militärische Bedrohung

Der Druck des wiedererstarkten Russlands insbesondere auf Osteuropa wird wahrscheinlich noch zunehmen. Die ideologische Prägung der russischen Führung stellt die Ukraine, wo seit 2014 im Osten des Landes ein Krieg mit periodischen, brüchigen Waffenstillständen herrscht, weiterhin in den Brennpunkt. Die langfristige Kontrolle der Ukraine ist für die Errichtung einer russischen Einflusszone von zentraler Bedeutung. Belarus ist bereits wieder stark in den russischen Einflussbereich integriert worden. Auch die baltischen Staaten stehen unter erheblichem Druck, der in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch zunehmen wird. Bei den amerikanischen Bemühungen um eine militärische Stärkung der Nato geht es vor allem darum, Russland vor militärischen Aktionen gegen Nato-Bündnispartner in Europa abzuhalten. Russland will als wiedererstarkte Grossmacht auf Augenhöhe mit den USA wahrgenommen werden. Allerdings werden vorhandene Einschränkungen in den militärischen Kapazitäten insbesondere der Luft- und Seestreitkräfte noch über längere Zeit bestehen bleiben, auch wegen der begrenzten Wirtschaftskraft Russlands. Russland wird auch deshalb künftig verstärkt eine breite Palette von Methoden aus dem Bereich der Beeinflussungsoperationen einsetzen. Diese reichen von Aktivitäten im Graubereich wie Informationskampagnen, Manipulation und Propaganda bis hin zu offenem politischem, militärischem

und wirtschaftlichem Druck. Auch dürften Erpressung und, in einzelnen Fällen, gewaltsame Aktionen weiterhin eingesetzt werden.

USA: Fortsetzung der nationalen Machtpolitik

Der strategische Wettbewerb zwischen den USA und China wird eine bestimmende Grösse der globalen Politik bleiben. Die USA werden auch in den kommenden Jahren substanzielle Anstrengungen unternehmen, um ihre militärische Handlungsfähigkeit im indopazifischen Raum gegen das wachsende Potenzial Chinas zu behaupten. Offen ist gegenwärtig, wie weit die USA im wirtschaftlichen Konflikt mit China gehen werden: Präsident Trump wird sich möglicherweise zumindest vorläufig mit chinesischen Konzessionen zur Korrektur des Ungleichgewichts im bilateralen Handel zufriedengeben. In der Administration gibt es aber Stimmen, die eine ambitiösere Strategie zur Eindämmung Chinas befürworten und dabei auch den Zugang des strategischen Rivalen zum amerikanischen Markt und zu amerikanischer Technologie stark einschränken wollen.

Ein Ende der Eiszeit im amerikanisch-russischen Verhältnis ist gegenwärtig nicht abzusehen. Präsident Trump hat zwar immer wieder klargemacht, dass er Russland zur Verbesserung des spannungsgeladenen Verhältnisses entgegenkommen möchte. Er stösst damit jedoch auf breiten Widerstand in den amerikanischen Institutionen, insbesondere auch im Kongress, in dem die Mehrheit eine harte Linie und anhaltenden Sanktionsdruck auf Russland befürwortet. Der Handlungsspielraum Trumps wurde zumindest im bisherigen Verlauf seiner Präsidentschaft auch durch Untersuchungen und Spekulationen über problematische Verbindungen zum Kreml eingeschränkt.

Präsident Trump steht im Gegensatz zur Nationalen Sicherheitsstrategie seiner Administration den Allianzen der USA mit einer deutlichen Geringschätzung gegenüber und zeigt eine ausgeprägte Bereitschaft zum nationalen Alleingang. Dies hat sich auf besonders problematische Weise im Ausstieg aus dem Atomabkommen mit Iran und dem damit ohne Rücksicht auf die Position der europäischen Verbündeten vollzogenen Bruch einer multilateralen Vereinbarung manifestiert. Es ist anzunehmen, dass die Abneigung des Präsidenten gegen Einschränkungen der amerikanischen Souveränität durch multilaterale Mechanismen ein prägendes Merkmal seiner Aussenpolitik bleiben wird.

Donald Trump möchte die USA möglichst aus aufwendigen Operationen in der islamischen Welt lösen. Er scheint dabei wenig Rücksicht auf die Frage zu nehmen, ob ein weiter reduziertes amerikanisches Engagement destabilisierende Entwicklungen in den betroffenen Regionen fördern und anderen Akteuren die Gelegenheit

geben könnte, auf Kosten der USA an Einfluss zu gewinnen. Generell bleibt die Frage, wie weit ein Rückzug der USA aus ihrer bisherigen Rolle als globale Ordnungsmacht und verlässlicher Partner ihrer Verbündeten mit einer erfolgreichen Strategie im globalen Wettbewerb mit anderen Mächten vereinbart werden könnte. Die Stärke der USA beruht nicht zuletzt auf ihrem globalen Netzwerk von Allianzen und Partnerschaften, und eine diese nicht berücksichtigende Interessenpolitik könnte diesen bisher entscheidenden Vorteil im Wettbewerb mit rivalisierenden Staaten aufs Spiel setzen.

Nukleare Rüstungskontrolle: Anhaltende Blockade

Der nukleare Rüstungskontrollprozess zwischen den USA und Russland ist seit dem Abschluss des „New START"-Vertrags 2010 zur Begrenzung der strategischen Nuklearstreitkräfte blockiert. Aus russischer Sicht sprechen unter anderem mögliche Fortschritte in der Raketenabwehr und die zunehmende Bedeutung konventioneller Präzisionswaffen gegen eine weitere nukleare Abrüstung. Rüstungskontrollskeptiker in den USA verweisen insbesondere auf die Verstösse Russlands gegen den INF-Vertrag und die damit begründeten grundsätzlichen Zweifel an der russischen Vertragstreue. Allerdings halten beide Seiten die Begrenzungen des „New START"-Vertrags ein, und der Vertrag bietet mit einem detaillierten Verifikationsregime auch wirksame Kontrollmöglichkeiten. New START wird im Februar 2021 auslaufen, sieht aber die Möglichkeit einer Verlängerung um weitere fünf Jahre ohne erneute Ratifikation vor. Während Russlands Präsident Putin seine Bereitschaft dazu erklärt hat, lassen die USA ihre Entscheidung noch offen.

China: Vormarsch kaum aufzuhalten

China wird auch weiterhin alles daransetzen, wirtschaftlich und militärisch zu wachsen. Die USA unter Präsident Trump wollen jedoch dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg Chinas zur antiliberalen Supermacht nicht mehr tatenlos zusehen. Wegen des Widerstands der USA steht Präsident Xi Jinping jetzt am politischen Scheideweg: Soll sich China neu auch im eigenen Land an den internationalen marktwirtschaftlichen Spielregeln orientieren oder weiterhin alles auf die Karte der ökonomisch-politisch-militärischen Dominanz setzen? China ist fähig, sich neuen Rahmenbedingungen pragmatisch anzupassen und taktische Konzessionen einzugehen. Es wird die Bildung eines antichinesischen Blocks zu verhindern versuchen. Eine grundlegende Abkehr vom bisherigen Kurs der autoritären Herrschaft nach innen und des Dominanzstrebens nach aussen ist dagegen sehr unwahrscheinlich.

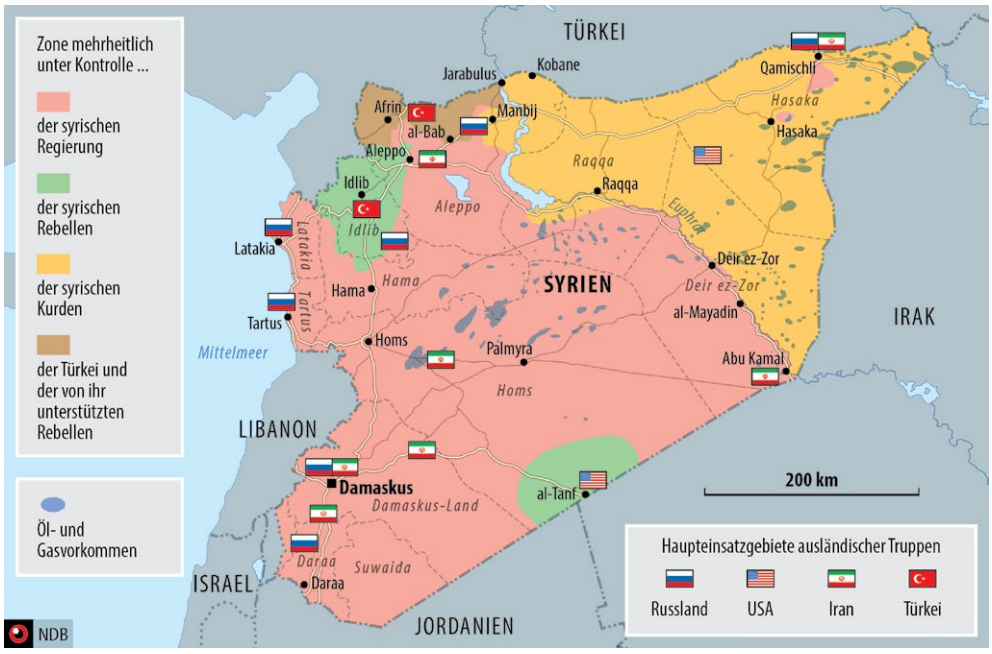
Iran: Keine Kapitulation vor den USA

Die von den USA angestrebte fundamentale Verhaltensänderung des iranischen Regimes wird nicht stattfinden. Die iranische Führung wird versuchen, mit strategischer Geduld die Präsidentschaft Trump auszusitzen. Iran wird sich vorerst weiter an die Bestimmungen des Atomabkommens halten, das 2016 seine weitgehende internationale politische Isolation beendete. Iran wird aber auch die Unterstützung der antiisraelischen Kräfte in der Region fortsetzen, allerdings mit deutlich geringerem finanziellem Einsatz. Iran wird auch nicht auf sein ballistisches Raketenprogramm verzichten, dank dem es bereits jetzt über zielgenaue Kurzstreckenraketen verfügt. Ein Kollaps des iranischen Regimes ist trotz immer wieder aufflammenden Protesten der Bevölkerung weiterhin unwahrscheinlich.

Syrien: Spielball der Regional- und Grossmächte und Angriffsziel Israels

Die vollständige Rückgewinnung der Souveränität über die letzten noch von Aufständischen und Kurden kontrollierten Gebiete im Norden Syriens wird wahrscheinlich noch Jahre beanspruchen. Haupthindernis ist die Türkei, die auf syrischem

Einfluss der Regional- und Grossmächte in Syrien



Gebiet zur Abwehr der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf einer von türkischen Sicherheitskräften kontrollierten Einflusszone beharrt. Israel sieht sich durch die militärische Präsenz Irans und des mit ihm verbündeten libanesischen Hizballah in Syrien bedroht und ist weiterhin entschlossen, iranische Militäreinrichtungen mit Luftangriffen zu bekämpfen. Offen ist, wie sich Russland mit seiner bodengestützten Luftverteidigung in Syrien künftig verhalten wird. Hier liegt ein beträchtliches Eskalationsrisiko. Israel muss berücksichtigen, dass Russland der Stabilisierung des syrischen Regimes Priorität beimisst.

Libyen: Bleibende Instabilität, mögliche Zunahme der Migrationsbewegungen

Europa ist in Libyen vor allem an einer Eindämmung der Migration über das Mittelmeer interessiert. Trotz der dazu verstärkten Massnahmen Libyens und Italiens wird Libyen Hauptabgangsort für Überfahrten nach Italien bleiben. Die Überfahrten aus Tunesien dürften zunehmen. Das Migrationsabkommen zwischen der EU und der Türkei betrifft nur die Migration auf dem Seeweg, aber nicht über die Landgrenze, wo die irregulären Grenzübertritte 2018 zunahmen und auch 2019 anhalten könnten. Die bei Redaktionsschluss noch laufenden Kämpfe um die Hauptstadt Tripolis dürften, auch wenn eine Seite einen militärischen Sieg erringen würde, nicht unmittelbar zur Wiederherstellung eines Gewaltmonopols führen. Der Migrationsdruck auf der westlichen Mittelmeerroute nach Spanien wird wahrscheinlich anhalten oder sogar zunehmen. Aufgrund der anhaltenden dschihadistischen Bedrohung bleibt die Möglichkeit, dass terroristisch aktive oder motivierte Personen mit dem Migrationsstrom nach Europa kommen. Die gründliche Kontrolle der Migranten und der Asyldossiers bleibt daher notwendig.

Dschihadistischer und ethno-nationalistischer Terrorismus

Was sieht der NDB?

Dschihadistischer Terrorismus im Vordergrund

Die Terrorbedrohung in der Schweiz ist seit 2015 erhöht. Sie wird hauptsächlich durch dschihadistische Akteure geprägt, allen voran Anhänger des „Islamischen Staats". Die Bedrohung durch ethno-nationalistischen Terrorismus in Europa und der Schweiz besteht weiter.

Bedrohung durch Anhänger des Dschihadismus

Das Kalifat des „Islamischen Staats" ist zwar militärisch zerschlagen, im Verborgenen agierende Netzwerke und Zellen des „Islamischen Staats" und seiner Unterstützer und Sympathisanten prägen aber nach wie vor die Terrorbedrohung in Europa. Die Fähigkeit des „Islamischen Staats" ist aber mittlerweile gering, in Europa selber Anschläge wie denjenigen von Paris im November 2015 zu planen, zu lenken und zu verüben. Er kann primär dort Anschläge verüben, wo er physisch präsent ist – sei es in seinem Kerngebiet in Syrien und im Irak oder in einem Hauptoperationsgebiet eines seiner Ableger. Allerdings bleiben seine Unterstützer und Sympathisanten fähig, eigenständig in Europa terroristische Aktivitäten zu entfalten oder dazu zu inspirieren. Die Propaganda des „Islamischen Staats" bleibt hierfür eine fortwährende Inspirationsquelle. Seine antiwestliche und antidemokratische, dschihadistische Ideologie bleibt populär. Die Schweiz ist bislang von dschihadistisch motivierten Gewaltakten verschont geblieben. Der NDB beobachtet aber, dass die Gewalt legitimierende Ideologie des „Islamischen Staats" oder der al-Qaida bei radikalisierten oder dafür empfänglichen Personen in der Schweiz weiterhin auf Anklang stösst, vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Weniger dschihadistisch motivierte Anschläge in Europa

Die Frequenz der Terroranschläge in Europa hat deutlich abgenommen. Seit Herbst 2017 wurden sieben Gewalttaten mit Bezug zum Dschihadismus festgestellt, wobei sich der „Islamische Staat" zu vier davon bekannte. Jedoch hat eine Bekennung durch den „Islamischen Staat" mittlerweile an Aussagekraft verloren. Die Beurteilung, ob ein Anschlag tatsächlich einen dschihadistischen Hintergrund hat, ist zudem oft schwierig.

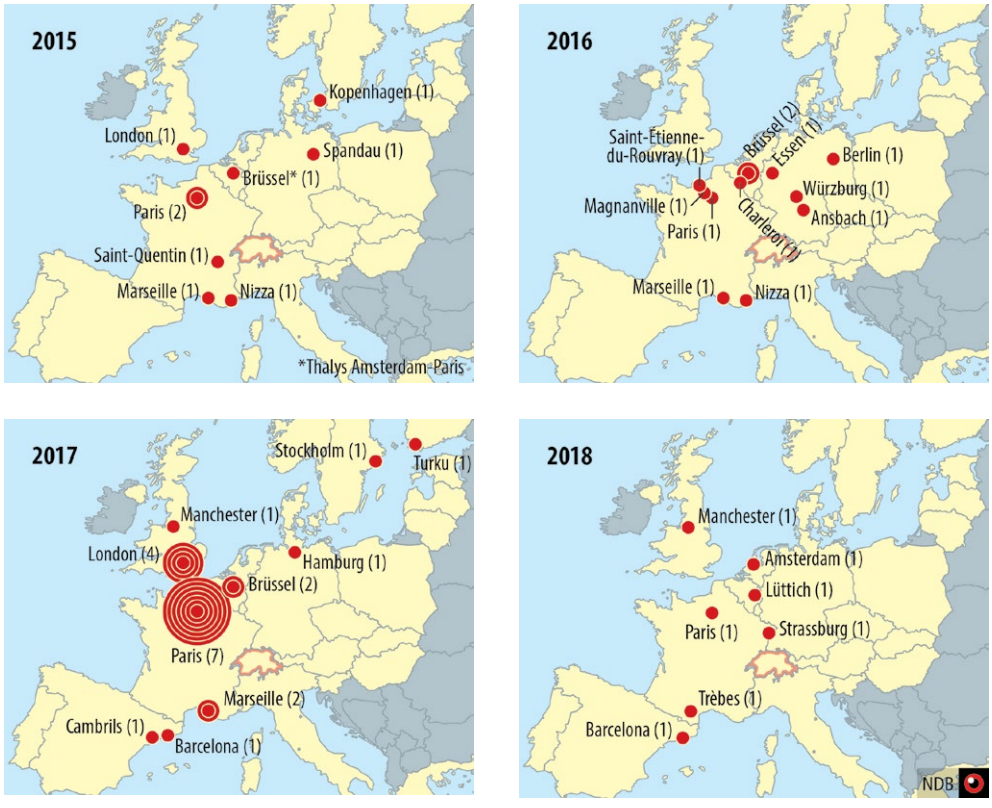
Handelte es sich bei den grossen Anschlägen von Paris im November 2015 und Brüssel im März 2016 noch um komplexe, vom „Islamischen Staat" beauftragte Anschläge, sind seither in der Tendenz vor allem einfachere Anschläge von inspirierten Einzeltätern erkennbar.

Diese seit Herbst 2017 festzustellende Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass zahlreiche Anschläge verhindert bzw. Anschlagsplanungen durch die Sicherheitsbehörden verschiedener europäischer Staaten aufgedeckt werden konnten: So wurde im Juni 2018 in Köln ein Bombenanschlag in Kombination mit dem pflanzlichen Giftstoff Rizin vereitelt, im September 2018 wurden in den Niederlanden sieben Personen verhaftet, die einen Anschlag mit Sprengstoff und Schusswaffen geplant hatten, und im November 2018 wurde auf Sardinien eine Person festgenommen, die einen Anschlag mit einem Pestizid verüben wollte.

Die al-Qaida bleibt im Schatten des „Islamischen Staats"

Mit der Zerschlagung des Kalifats eröffnete sich der Kern-al-Qaida unter der Führung Ayman al-Zawahiris die Chance, ihren Einfluss und die Führungsrolle in der globalen dschihadistischen Bewegung zurückzugewinnen. Bisher ist dies der Kern-

Dschihadistisch motivierte Terroranschläge in Europa (Schengenraum) seit 2015
(in Klammer: Anzahl der Anschläge)



al-Qaida aber nicht gelungen – weder durch spektakuläre Anschläge noch durch effektive Propaganda. Ebenso sind die Aufrufe und Bestrebungen, die verschiedenen dschihadistischen Gruppierungen zu vereinen, bisher erfolglos geblieben.

Die Bedrohung durch die Kern-al-Qaida besteht fort, obwohl ihr die Ressourcen fehlen. Sie hegt weiter die Absicht, Anschläge auf westliche Ziele zu verüben. Ihre regionalen Ableger, zum Beispiel die al-Shabaab in Somalia oder die al-Qaida im islamischen Maghreb, haben teilweise stärkere operative Fähigkeiten und werden in ihren jeweiligen Hauptoperationsgebieten ihren Einfluss behalten können.

Lageverändernde Elemente sind bei zwei Gruppierungen der al-Qaida-Bewegung erwähnenswert. Eine wachsende Bedrohung geht von der Hurras al-Din (Wächter der Religion) aus. Diese in der Provinz Idlib in Syrien ansässige dschihadistische Gruppierung ist eine Abspaltung der al-Qaida-nahen Hayat Tahrir al-Sham (HTS, Organisation für die Befreiung der Levante). Während die HTS in den letzten Jahren eine zunehmend lokale, also „syrische" Agenda verfolgte, vertritt die Hurras al-Din die globale dschihadistische Agenda der al-Qaida. Sie beabsichtigt deshalb auch, westliche Interessen anzugreifen. Ihr fehlen dafür allerdings gegenwärtig noch die Ressourcen. Die künftige Bedrohung durch die HTS und die Hurras al-Din hängt stark von der Entwicklung der militärischen Lage vor Ort ab. Abgenommen hat die Bedrohung durch die al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH). Sie musste in den letzten eineinhalb Jahren zahlreiche Verluste hinnehmen. Gezielte Luftschläge und diverse Bodenoperationen haben ihre Kapazitäten und Fähigkeiten stark vermindert. Die AQAH ist zwar weiter willens, westliche Ziele anzugreifen, verfügt aber kaum mehr über die dafür notwendigen Fähigkeiten und Zugänge. Insbesondere die Expertise im Bombenbau ist nicht mehr in demselben Ausmass vorhanden wie zur Zeit spektakulärer Anschlagsversuche gegen westliche Ziele in den Jahren 2009 und 2010. Die Bedrohung für die Zivilluftfahrt durch die AQAH ist somit gesunken.

Dschihadistische Bewegung weltweit

Die Ableger des „Islamischen Staats“ oder der al-Qaida haben zwar teilweise die Absicht, selbstständig Anschläge auf westliche Ziele zu verüben, verfügen jedoch ausserhalb ihres Hauptoperationsgebiets nicht über die dafür notwendigen Zugänge und Ressourcen. Westliche Interessen vor Ort bleiben hingegen für die meisten dieser Gruppierungen legitime Ziele. So befand sich eine in der Sahelregion im Januar 2016 in Mali verschleppte Schweizerin bei Redaktionsschluss nach wie vor in Geiselhaft eines al-Qaida-Ablegers. Der „Islamische Staat“ übernahm zudem die Verantwortung für den Anschlag in Tadschikistan Ende Juli 2018 auf eine westliche Velofahrergruppe, bei dem auch ein Schweizer getötet und eine Schweizerin verletzt wurden.

Die Schweiz ist keine Insel

Die Schweiz ist von Entwicklungen in ihren Nachbarländern betroffen: Islamistische und dschihadistische Bewegungen machen eher vor Sprachbarrieren halt als vor nationalen Grenzen. Dementsprechend sind in den Sprachregionen der Schweiz grosse Einflüsse aus den Szenen der gleichsprachigen Nachbarländer zu erkennen. Salafistische Organisationen und Exponenten sind in den vergangenen Jahren in etlichen europäischen Staaten unter behördlichen Druck geraten. So ist etwa die Koranverteilungskampagne „Lies!“, deren Urheber aus Deutschland stammen, im Ausland zum Teil verboten beziehungsweise in der Schweiz stark zurückgedrängt worden. 2018 wurden in der Schweiz nur noch vereinzelt Koranverteilaktionen durchgeführt.

Die Einflüsse aus dem Ausland sind auch bei den Imamen und Predigern feststellbar, die zur Radikalisierung von Personen in der Schweiz beitragen können. Wie andere Staaten hat die Schweiz zahlreiche Prediger, die Gewalt verherrlichen oder legitimieren, mit Einreiseverboten oder anderen ausländerrechtlichen Massnahmen belegt.

Dschihadistische Radikalisierung in Europa und der Schweiz

Die Erfolgsgeschichte des „Islamischen Staats“ in den Jahren 2014 und 2015 war Auslöser für eine signifikante Zunahme von Radikalisierungsfällen – in der Schweiz wie im Ausland. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass es in der Schweiz besonders Jugendliche und junge Erwachsene sind, die dschihadistisch radikalisiert wurden. Dies kann in einzelnen Fällen in Gewaltbereitschaft münden und so eine Bedrohung für die Schweiz darstellen.

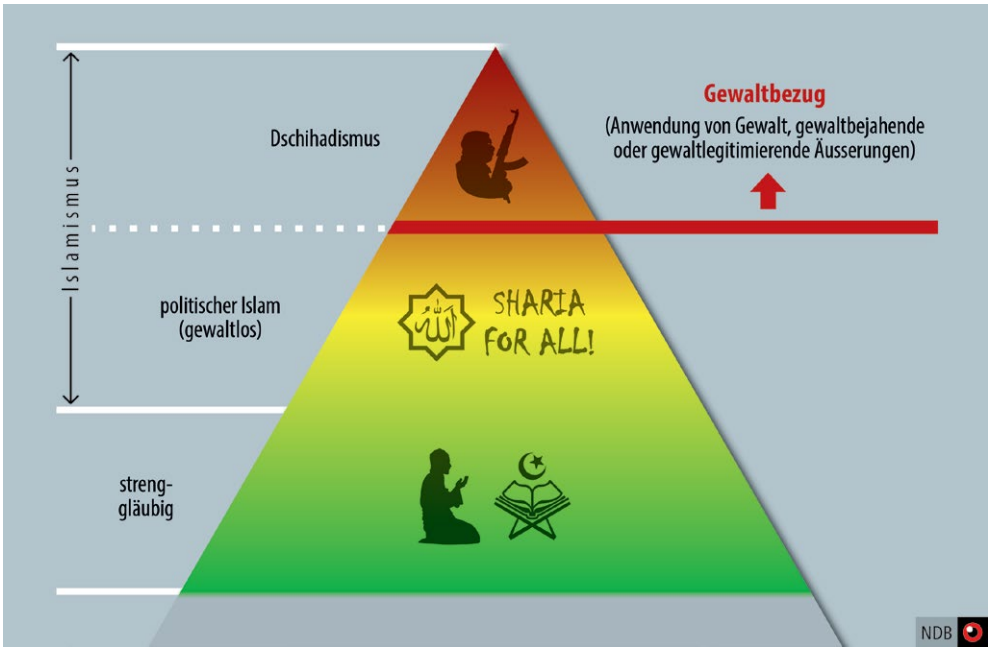
Fundamentalistisch gelebte Religiosität wirkt zwar oft begünstigend, scheint aber in der Schweiz selten allein der Ursprung für gewaltorientierte Radikalisierungsprozesse zu sein. In den letzten Jahren hat der NDB festgestellt, dass diese oft auf

Brüche in der Biografie, persönliche Krisen, die Empfindung, benachteiligt oder marginalisiert zu sein (mit entsprechender Fixierung auf eine Opferrolle), polarisierende Ereignisse (mit entsprechendem Aufbau von Feindbildern), Orientierungs- und empfundene Perspektivlosigkeit oder psychische Probleme zurückgehen.

Radikalisierung in Gefängnissen und Haftentlassungen von radikalisierten Häftlingen

Seit einigen Jahren stellt der NDB eine Zunahme von Radikalisierungsfällen im Strafvollzug fest. Obwohl das Phänomen in der Schweiz zahlenmässig nicht mit der besorgniserregenden Situation in Ländern wie Frankreich zu vergleichen ist, engagiert sich der NDB seit einiger Zeit für die Sensibilisierung der Strafvollzugsbehörden.

Eine Herausforderung für Europa, aber auch für die Schweiz, ist der Umgang mit Haftentlassenen. In europäischen Gefängnissen befinden sich Hunderte Dschihadisten sowie Personen, die sich während ihres Gefängnisaufenthalts radikalisiert haben. Sie werden in den nächsten Monaten und Jahren aus der Haft entlassen werden. Trotz strafrechtlicher Rehabilitierung können sie immer noch oder erst recht von dschihadistischem Gedankengut beeinflusst sein. Auch die Schweiz ist mit einzelnen radikalisierten Haftentlassenen konfrontiert.



Markante Abnahme von Reisebewegungen

Die erfolgreiche Etablierung des „Islamischen Staats“ 2014 löste weltweit eine Welle von dschihadistisch motivierten Reisen nach Syrien und in den Irak aus. Diese ist seit 2016 eingebrochen. Die entsprechenden Statistiken aus europäischen Staaten zeichnen ein ähnliches Bild. Der NDB hat in Bezug auf die Konfliktregion in Syrien und im Irak seit August 2016 weder Abreisen noch Rückkehrer festgestellt. Hingegen reiste eine Person 2017 auf die Philippinen, wo sie Anfang 2018 verhaftet wurde.

Dschihadisten in den Migrationsbewegungen

Die europäischen Sicherheitsbehörden nahmen die Migrationsbewegungen verstärkt in den Fokus, als 2015 und 2016 bekannt wurde, dass vereinzelt Attentäter als Flüchtlinge getarnt nach Europa gelangt waren. Neu angekommene Asylsuchende, bei denen Hinweise auf terroristische Aktivitäten oder Bezüge zu terroristischen Netzwerken bestehen, sind die Ausnahme. Bei den seither vom NDB zur Terrorismusabwehr bearbeiteten Fällen mit Migrationshintergrund handelt es sich in der Regel um Personen, die sich schon länger in der Schweiz aufhalten bzw. aufgehalten haben.

Ethno-nationalistischer Terrorismus

Die Bedrohung durch ethno-nationalistischen Terrorismus ist als weniger hoch einzustufen. Denn in Europa und insbesondere in der Schweiz zeigte sich die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in den letzten Jahren mehrheitlich gewaltlos; in Einzelfällen, etwa bei Kundgebungen, kam es zu Ausschreitungen. Die Bedrohung in der Schweiz geht derzeit hauptsächlich von gewaltsamen Zusammenstössen zwischen Anhängern der PKK und türkischen Nationalisten beziehungsweise Anhängern des türkischen Staatspräsidenten Erdogan aus. Grund für Auseinandersetzungen sind meist direkte Provokationen. Die PKK erhält dabei teilweise Unterstützung von türkischen und schweizerischen linksextremen Gruppierungen.

Im Frühling 2018 wurde ein erhöhter Aktivismus der PKK in ganz Europa festgestellt. Grund dafür waren die türkischen Militärinterventionen in Syrien und im Irak. In der Schweiz sind gewaltsame Ausschreitungen ausgeblieben.

Was erwartet der NDB?

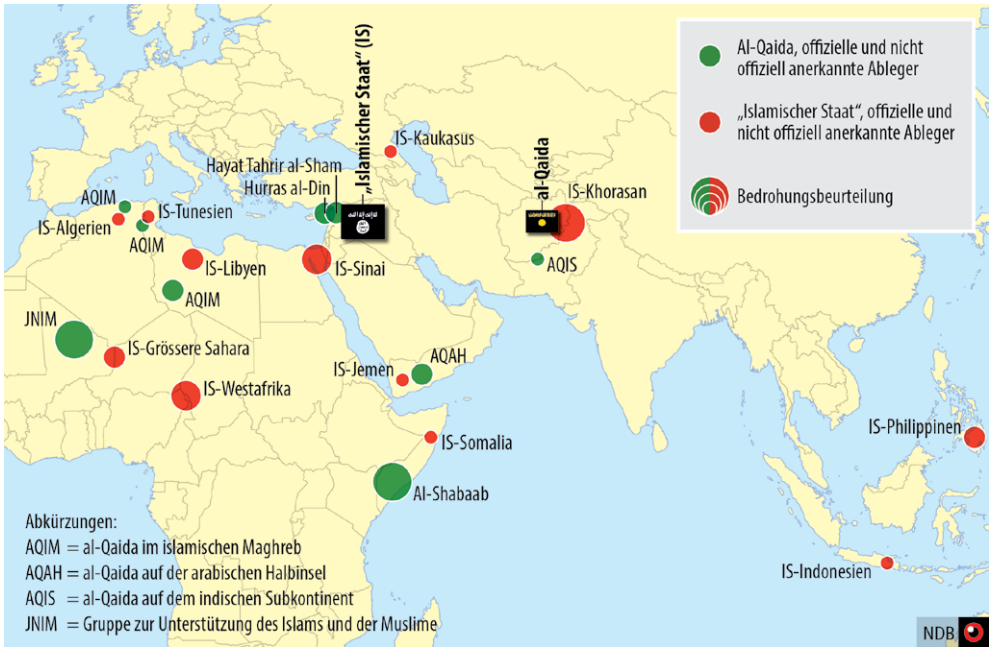
Der „Islamische Staat" bleibt prägendste Terrororganisation

Der Dschihadismus, wie vom „Islamischen Staat" und der al-Qaida propagiert, wird die Terrorbedrohung in Europa auch in den kommenden Jahren prägen. Der „Islamische Staat" und seine Unterstützer und Sympathisanten bleiben dabei die bedeutsamsten Akteure.

Der „Islamische Staat" bleibt auch über 2018 hinaus die einflussreichste Widerstandsgruppierung der arabischen Sunniten im Osten Syriens und im zentralen Irak. Es ist nicht erkennbar, dass eine andere Gruppierung diese Führungsposition übernehmen kann. Der Irak bleibt die Wiege des „Islamischen Staats". Der Boden, auf dem sich die dschihadistische Ideologie sunnitischer Prägung entfalten konnte, wird weiterhin fruchtbar bleiben. Der „Islamische Staat" wird in diesem Umfeld weiter auf ein breites Netz von Unterstützern und Sympathisanten zurückgreifen und daraus auch immer wieder neue Kämpfer rekrutieren können.

Dschihadismus bleibt eine Bedrohung für Europa

Unabhängig vom Zustand einzelner Gruppierungen bleibt dschihadistisches Gedankengut populär; die Utopie eines globalen Kalifats, die Legitimierung der Gewaltanwendung, um ein solches Kalifat zu verwirklichen, und die damit zusam-



menhängende Glorifizierung des Märtyrertums leben in vielen Köpfen weiter. Sympathisanten und Unterstützer in der dschihadistischen Bewegung werden – oft auch unabhängig von dschihadistischen Gruppierungen – weiter grenzüberschreitend, klandestin und oft elektronisch verschlüsselt miteinander kommunizieren. Einzelne davon werden sich auch künftig zu konkreten Unterstützungshandlungen oder gar Anschlägen inspirieren lassen.

Trend zur dschihadistischen Radikalisierung in Europa

Die dschihadistisch geprägte Radikalisierung wird sich in Europa tendenziell weiter ausbreiten, insbesondere unter Jugendlichen.

Die verstärkten behördlichen Massnahmen, die im Rahmen der Terrorismusabwehr in den letzten Jahren auch in der Schweiz ergriffen wurden, dürften in naher Zukunft kaum gelockert werden können. Diese Massnahmen können aber bei einzelnen Betroffenen als Benachteiligung wahrgenommen werden, sie somit in ihrer vermeintlichen Opferrolle bestärken und damit zur Radikalisierung beitragen.

Herausforderungen rund um potenzielle Dschihadrückkehrer

Die Schweiz wird seit Längerem mit einzelnen Dschihadrückkehrern konfrontiert. Es besteht die Möglichkeit, dass sich unter künftigen Rückkehrern Schweizer oder Personen mit Schweizbezügen befinden, die eine konkrete Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz darstellen. Bei einigen rückkehrwilligen Männern und Frauen ist damit zu rechnen, dass sie minderjährige Kinder mitbringen. Gerade der Umgang mit traumatisierten Kindern wird eine besondere Herausforderung für die zuständigen Behörden werden.

Die Frage der Rückführung von im Konfliktgebiet verhafteten und allenfalls rückkehrwilligen dschihadistisch motivierten Reisenden wird die Behörden weiter beschäftigen. Der Umgang mit nichtstaatlichen Akteuren, mit denen die Schweiz keine formellen Kontakte unterhält, stellt dabei eine besondere Herausforderung dar.

Migrationsfragen und Terrorismusabwehr

Trotz einer zunehmend restriktiven Migrationspolitik werden Europa und die Schweiz auch in den nächsten Jahren durch Migrationsfragen herausgefordert bleiben. Unter den künftigen Asylsuchenden können sich einzelne Personen befinden, die dschihadistisch aktiv waren. Einige davon könnten auch nach ihrer Flucht von der dschihadistischen Ideologie überzeugt und dementsprechend motiviert sein, sich mit Gleichgesinnten zu treffen, Zellen und Netzwerke zu bilden oder gar

Anschläge zu verüben. Weiter können sich einzelne Asylsuchende nach Ankunft infolge Orientierungslosigkeit und unbefriedigenden Zukunftsperspektiven gewaltorientiert radikalisieren beziehungsweise für dschihadistisches Gedankengut empfänglich werden.

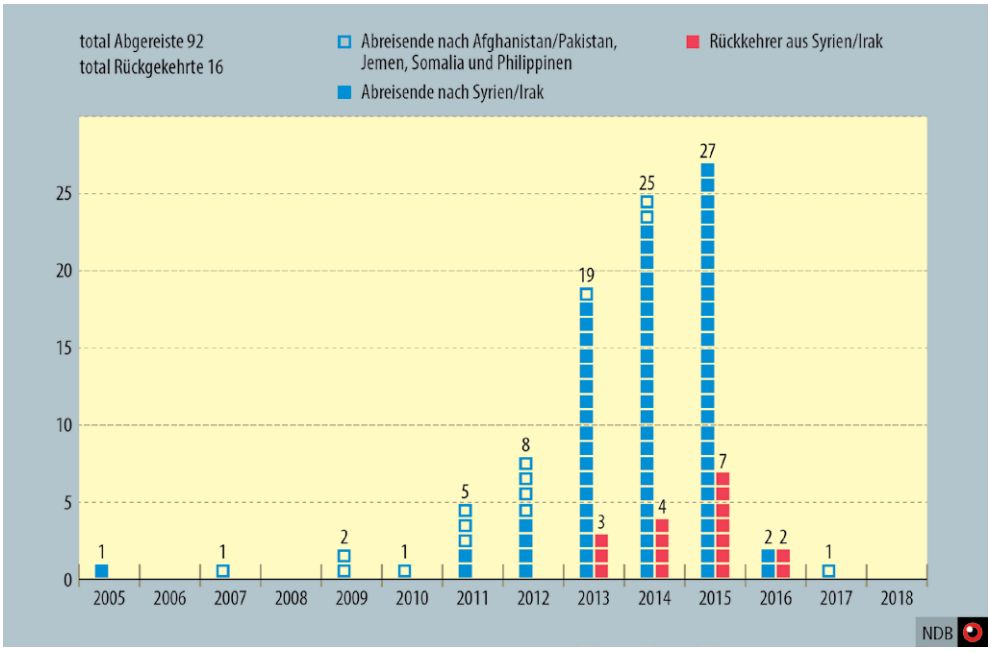
Zunehmende Problematik von Dschihadveteranen und Haftentlassenen

Die Frage, wie mit Dschihadveteranen und allenfalls immer noch radikalisierten Haftentlassenen adäquat umzugehen ist, wird die Behörden zunehmend beschäftigen. Eine besondere Herausforderung werden dabei jene Haftentlassenen sein, die Schweizer sind oder aus verschiedenen Gründen nicht in ihr Heimatland zurückgeführt werden können. Zudem können sich Dschihadveteranen und Haftentlassene mit einem gültigen Aufenthaltstitel im Schengenraum frei bewegen.

Neue Mittel des Terrors

Dschihadistische Milizen in Syrien und im Irak haben sowohl Drohnen als auch chemische Stoffe eingesetzt; beide Mittel werden in der Propaganda oft empfohlen. Aufgedeckte Anschlagsplanungen in Australien 2017 mit Schwefelwasser-

Dschihadistisch motivierte Reisende



stoff und 2018 in Deutschland und in Italien mit Giftstoffen verdeutlichen, dass Anschläge mithilfe von chemischen oder biologischen Mitteln ein realistisches Szenario sind; weniger wahrscheinlich sind Anschläge mit radioaktivem Material. Anschläge mit Sprengstoff, Drohnen, einfachen Chemikalien wie toxischen Gasen oder anderen giftigen Substanzen erfordern relativ wenig Aufwand und Ressourcen. Anleitungen zur Herstellung und zum Einsatz sind einfach auffindbar. Zudem könnten jüngere Technologien wie 3D-Druck Terroristen neue Möglichkeiten eröffnen, Sicherheitsvorkehrungen an Flughäfen und anderen geschützten Orten zu überwinden. Im Bereich Cyberterrorismus haben Terrorgruppierungen zwar immer wieder entsprechende Absichten geäussert; die notwendigen Fähigkeiten, um grösseren Schaden anzurichten, scheinen ihnen bis anhin jedoch zu fehlen.

Die Schweiz als mögliches Anschlagsziel

Aus dschihadistischer Perspektive gehört die Schweiz zur westlichen, als islamfeindlich eingestuften Welt und stellt daher ein legitimes, wenn auch nicht vorrangiges Ziel dar. Die Schweiz und ihre Interessen fanden bisher kaum Niederschlag in der dschihadistischen Propaganda. Es zeichnen sich für die nächsten Monate keine aussen- oder innenpolitischen Entwicklungen ab, die die Schweiz zu einem prioritären Ziel dschihadistischer Akteure werden lassen könnten. Polarisierende Ereignisse, zum Beispiel eine medienwirksame Initiative mit islamophoben Inhalten, könnten die Schweiz aber rasch in den Fokus dschihadistischer Propaganda rücken. Bei Anschlägen auf Schweizer Territorium können auch Interessen von anderen, von Dschihadisten als islamfeindlich wahrgenommenen oder international bei der Bekämpfung des Dschihadismus eine herausragende Rolle spielenden Staaten zum Ziel werden. Auch jüdische Interessen können betroffen werden.

Dschihadistische Bedrohung für die Schweiz bleibt erhöht

Angesichts der beschriebenen Lageentwicklung bleibt die Terrorbedrohung für die Schweiz erhöht. Mit Anschlägen muss weiterhin gerechnet werden. Bei Anschlägen wird der Anschlagsort und der gewählte Modus operandi oft abhängig sein von der Gelegenheit beziehungsweise von den Zugangsmöglichkeiten, also vom persönlichen Hintergrund, von den Interessen und Kontakten der involvierten Personen. Inspirierte Einzeltäter und Kleingruppen handeln oft spontan, ohne Anweisung und finanzielle Unterstützung von aussen. Weil aus der Sicht des „Islamischen Staats“ und der al-Qaida keine Vorgehensweise ausgeschlossen wird, wird die Art der dschihadistischen Bedrohung breitgefächert bleiben. Für die Schweiz bleiben Anschläge

mit geringem logistischem Aufwand auf weiche Ziele wie die Transportinfrastruktur oder Menschenansammlungen, ausgeführt von inspirierten Einzeltätern oder Kleingruppen, die wahrscheinlichste Bedrohung.

Bedrohung durch ethno-nationalistische Gruppierungen bleibt

Es ist zu erwarten, dass die PKK ihre Strukturen aufrechterhalten und bei Bedarf ihre Basis weiterhin rasch und zahlreich mobilisieren kann. Zwar besteht bei der PKK eine generelle Gewaltbereitschaft, die Führung hat Gewaltanwendung durch ihre Mitglieder im westlichen Ausland jedoch bislang untersagt. Das Verbot könnte beim Tod Öcalans oder angesichts ausserordentlicher Massnahmen der Türkei oder europäischer Staaten gegen die PKK oder generell gegen kurdische Interessen beziehungsweise bei ernstzunehmenden Gerüchten über solche Ereignisse fallen. Insbesondere bei emotional aufgeladenen Kundgebungen muss auch in der Schweiz weiterhin mit Gewalt gerechnet werden.

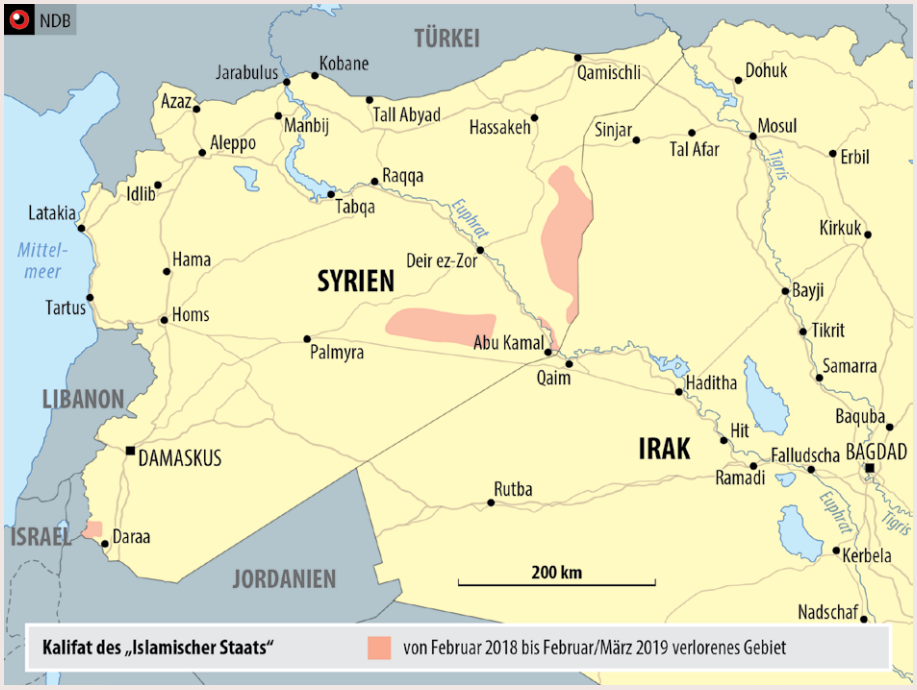
Unbewilligte Kundgebung linksextremer Gruppierungen zugunsten Rojavas.
Es wurde Pyrotechnik eingesetzt, zudem wurden Parolen gesprayt. Bern, April 2018

„Islamischer Staat“ in Syrien und im Irak weiterhin eine Bedrohung

Der „Islamische Staat“ ist seit Ende 2015 im Brennpunkt des Lageradars des NDB.

Trotz der Rückentwicklung in eine klassische, aus dem Untergrund operierende Terrororganisation hielt der „Islamische Staat“ in Syrien Ende 2018 immer noch einzelne Ortschaften im mittleren Euphrattal unweit der irakischen Grenze. Der Verlust der letzten Gebiete ist in den ersten Monaten des Jahres 2019 erfolgt. Viele der übriggebliebenen ausländischen Kämpfer beziehungsweise Dschihadreisenden befinden sich in dieser Zone. Auf syrischem und irakischem Territorium sind immer noch Kämpfer und Unterstützer für den „Islamischen Staat“ aktiv. Trotz zahlreichen Verlusten und festgesetzter oder geflüchteter Kämpfer konnte die Anzahl durch Rekrutierungen vor Ort seit Ende 2017 stabilisiert werden. Kaderpositionen nehmen wieder vermehrt Syrer und vor allem Iraker ein.

Der „Islamische Staat“ operiert in dezentralen und klandestinen Zellen in Städten und Dörfern, versteckt sich aber auch in mobilen Gruppen in den schwierig zu kontrollierenden Wüstengebieten. Zahlreiche Führungskräfte und Kämpfer sind in den letzten zwei Jahren in Syrien und im Irak oder zum Beispiel in der Türkei unter-



getaucht. In Syrien und im Irak werden immer noch Terroranschläge verübt. Der „Islamische Staat" kann weiterhin auf Geldreserven zurückgreifen; zudem finanziert er sich mit Schutzgelderpressungen und Raubüberfällen.

Der NDB betrachtet den „Islamischen Staat" ganzheitlich. Dessen transnationale dschihadistische Ideologie wächst auf einem Nährboden von Ressentiments und entfaltet sich mit unterschiedlich starken Ausprägungen innerhalb der dschihadistischen Bewegung.

Staat/Kalifat | Das Kalifat des „Islamischen Staats" wurde nach rund dreieinhalb Jahren Ende 2018 zerschlagen. Sein strategisches Ziel, die Erschaffung eines globalen Kalifats, besteht fort. Der „Islamische Staat" will weiterhin Staat im Wortsinn sein.

Bewaffnete Gruppe | Mit der Zerschlagung der staatsähnlichen Strukturen wurden die zuvor offen operierenden militärischen Einheiten vernichtet oder in den Untergrund getrieben. Allerdings greift der „Islamische Staat" in Syrien und vor allem im Irak immer wieder Sicherheitskräfte unter Einsatz von Guerillataktiken an.

Regionalmacht | Mit der Zerschlagung des Kalifats Ende 2017 hat der „Islamische Staat" seinen Status als Regionalmacht verloren. Er ist heute keine staatsbedrohende Macht mehr, bleibt aber regional ein Sicherheitsproblem.

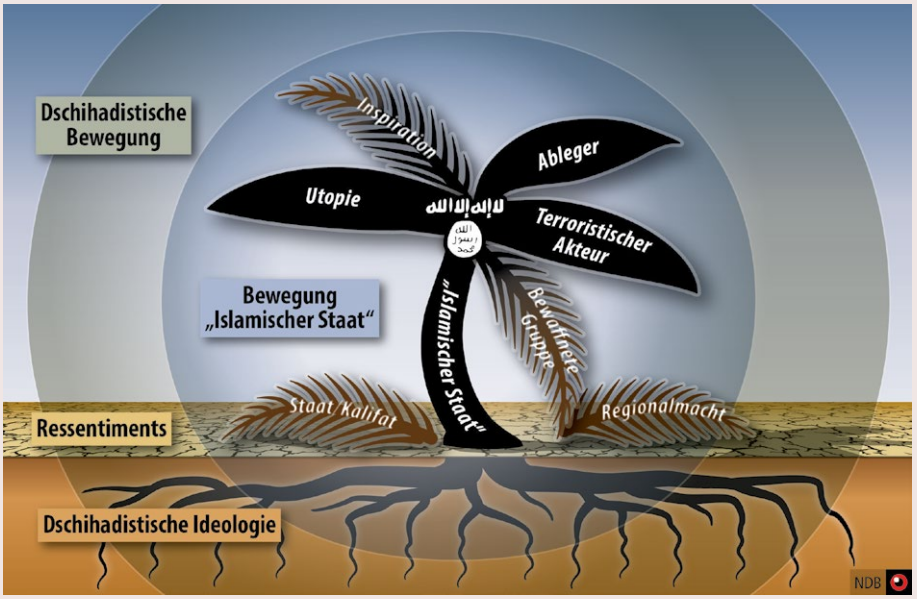
Terroristischer Akteur | Die systematische Verbreitung von Angst und Schrecken hat der „Islamische Staat" nie aufgegeben: Terror bleibt seine wichtigste Methode. Diese Aktivitäten des „Islamischen Staats" und der von ihm inspirierten Anhänger erfolgen nahezu global. Dabei bekennt sich der „Islamische Staat" auch zu Anschlägen, die er selber nicht verübt hat.

Utopie | Die Utopie eines islamischen Weltstaats, des Kalifats, in dem Muslime nach islamischem Gesetz leben, ist nicht neu. Dem „Islamischen Staat" ist es jedoch gelungen, diese Utopie zu revitalisieren und neu zu prägen. Er konnte zu Beginn seiner Existenz Massen anziehen und ein rudimentäres Staatsgebilde aufbauen, finanzieren, verteidigen und verwalten. Ausserhalb Syriens und des Iraks haben sich zudem zahlreiche dschihadistische Organisationen zum „Islamischen Staat" bekannt und dessen Einfluss und Macht so ausgebaut. Der „Islamische Staat" liess – im Gegensatz zur al-Qaida – die Utopie eine Zeit lang ansatzweise Realität werden.

Inspiration | Der „Islamische Staat" hat 2018 als Inspirationsquelle an Anziehungskraft eingebüsst. Seine vielsprachigen Propagandaprodukte haben einen deutlichen qualitativen und quantitativen Rückgang erfahren. Dennoch gelingt es dem „Islamischen Staat" zusammen mit seiner durch ihn inspirierten Bewegung weiterhin, Menschen weltweit zu erreichen und zu Handlungen in seinem Sinn zu verleiten.

Ableger | Der „Islamische Staat" hat weiterhin Einfluss in zahlreichen Konfliktgebieten weltweit, auch wenn die Ableger zumeist eine lokale Agenda verfolgen und oft nicht mehr als das Logo, die Marke teilen. Die Zerschlagung des Kalifats hat sich bisher nicht negativ auf die Ableger ausgewirkt. Sie operieren in ihren Regionen unabhängig von der Entwicklung in Syrien und im Irak weiter.

Bewegung „Islamischer Staat" | Der „Islamische Staat" als Ganzes ist Teil der dschihadistischen Bewegung; diese besteht weltweit aus zahlreichen Individuen, Zellen, Netzwerken und Gruppierungen. Diese kämpfen unter dem Banner des „Islamischen Staats" autonom für ihre jeweilige Sache. Wie bei jeder Bewegung sind hierbei nicht nur die aktiven Mitglieder der einzelnen Gruppierungen relevant, sondern auch die zahlreichen, mehr oder weniger aktiven Unterstützer und Sympathisanten weltweit. Neben der offen verfügbaren Propaganda im Internet kommunizieren diese über Grenzen hinweg in geschlossenen Online-Foren und über verschlüsselte Kommunikationsapplikationen.



Gewalttätiger Rechts- und Linksextremismus

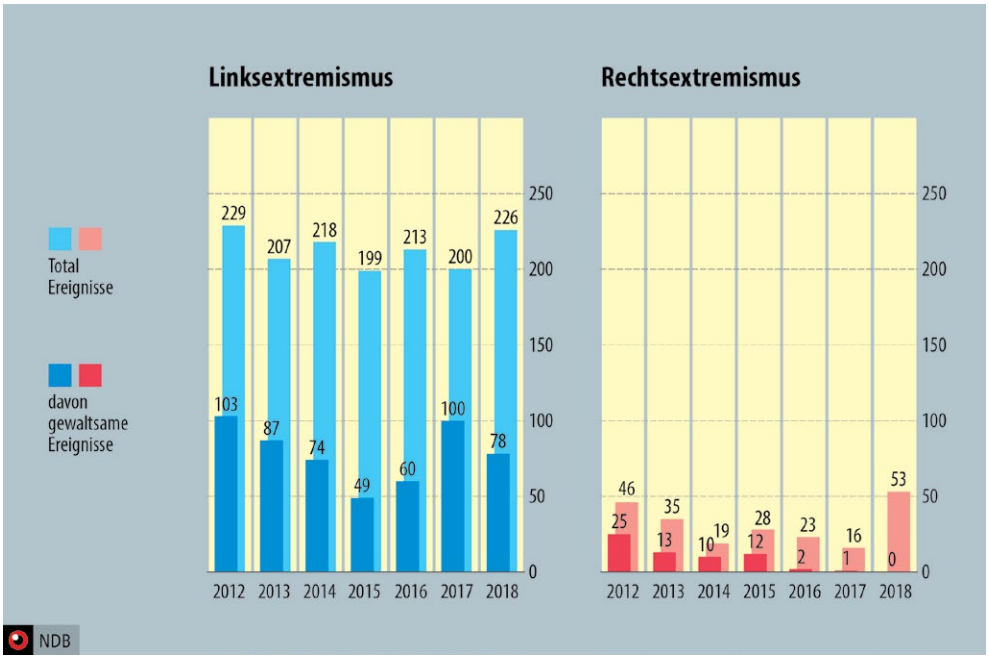
Was sieht der NDB?

Ereignisse und Gewaltpotenzial

2018 wurden dem NDB 53 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Rechts- und 226 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus bekannt. Für den Rechtsextremismus bedeutet dies mehr als eine Verdreifachung, für den Linksextremismus eine Steigerung um 13 Prozent. Rechtsextrem motivierte Gewalttaten wurden keine bekannt, im Bereich Linksextremismus ging der Anteil der Gewalttaten an diesen Ereignissen von der Hälfte auf gut ein Drittel zurück. Weiterhin reicht die Intensitätsskala linksextremer Gewalt bis hin zu Brandanschlägen, und bei Auseinandersetzungen etwa anlässlich von Demonstrationen wird Schaden an Leib und Leben insbesondere von Sicherheitskräften, aber auch Angehörigen anderer Blaulichtorganisationen mitunter nicht nur in Kauf genommen, sondern in einzelnen Fällen offenkundig bezweckt.

Das Gewaltpotenzial beider Szenen bleibt unverändert, wann und wie es sich realisiert, kann in bekannten Kontexten aufgrund von Erfahrungswerten eingeschätzt, im konkreten Einzelfall aber selten im Vornherein erkannt werden. Sowohl die rechtsextreme wie auch die linksextreme Szene verfügen über Kontakte ins Ausland. Im Bereich Linksextremismus dürften internationale Verflechtungen für inten-

Dem NDB gemeldete links- oder rechtsextrem motivierte Ereignisse seit 2012
(ohne Schmierereien)



sivere Gewaltausübung etwa in Form von Brandanschlägen mitverantwortlich sein. So wurde im Oktober 2018 in Berlin ein Brandanschlag verübt, dessen Bekennung unter dem Label Federazione Anarchica Informale / Fronte Rivoluzionario Internazionale erfolgte. Erwähnt wurden darin ein Brandanschlag in Thun BE und die Kampagne gegen die Erweiterung des Basler Gefängnisses Bässlergut. Das Schreiben schloss mit einem Aufruf zur Solidarität mit 18 gleichzeitig in Basel vor Gericht stehenden Linksextremen. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen Linksextremer mit Sicherheitskräften kann insbesondere in Zürich die Teilnahme von Fussballhooligans zu erhöhter Aggression beitragen.

Gewalttätiger Rechtsextremismus

Der NDB hat 2018 eine deutlich erhöhte Anzahl von Ereignissen im Bereich Rechtsextremismus festgestellt. Die Schweizer rechtsextreme Szene ist im Aufbruch. Ob sie sich dabei auch in Richtung konkrete Gewaltanwendung bewegt, bleibt vorderhand unklar; zumindest war 2018 keine Gewalttat zu verzeichnen.

Mittlerweile verfügen mehrere rechtsextreme Gruppierungen über offene Webseiten. Eine dieser Gruppierungen hat in der Waadt sogar ein eigenes Vereinslokal eröffnet. Hier finden regelmässig etwa Podiumsdiskussionen oder Themenabende statt, zu denen auch ein allgemeines Publikum Zutritt hat. Offenkundig rechnen sich diese Gruppierungen Chancen aus, mit ihren Ideen und Aktionen bei breiteren Kreisen Zustimmung zu finden. Manche dieser Aktionen wie etwa das Patrouillieren zum Schutz der einheimischen Bevölkerung finden eher in der Propaganda als in der Realität statt. Die Wirkung öffentlicher Auftritte wird im Voraus erwogen. Und nach wie vor verhält sich die rechtsextreme Szene konspirativ, gerade wenn es um die Planung von Aktionen geht. Dazu besteht auch Grund. So musste ein Veranstalter im Wallis wegen der öffentlichen Reaktionen das Konzert einer als rechtsextrem geltenden Band absagen.

In der Schweiz wurde 2018 kein Konzert einer rechtsextremen Band festgestellt. Rechtsextreme besuchen aber überall in Europa Veranstaltungen wie zum Beispiel Konzerte. Das ist seit Langem so. Weiterhin gilt für die rechtsextreme Szene insgesamt, dass ihre Angehörigen über grössere Mengen funktionstüchtiger Waffen verfügen. Zudem wird der Umgang mit Schusswaffen geübt, und es werden Kampfsportarten trainiert.

Gewalttätiger Linksextremismus

Einerseits bleiben die Aktivitäten der linksextremen Szene abhängig von der Tagesaktualität und an Anlässe gebunden, die sie nicht selbst herbeiführen kann. Andererseits aber ist diese fähig, ihre Aktivitäten zu Kampagnen zu bündeln und zielgerichtet vorzugehen.

Jährlich wiederkehrende Anlässe für Aktionen sind traditionsgemäss das World Economic Forum (WEF) in Davos und der Tag der Arbeit. In beiden Fällen sind die Sicherheitsdispositive auf linksextrem motivierte Aktionen vorbereitet. So verhinderte die Polizei 2018 am Tag der Arbeit in Zürich eine gewalttätige Nachdemonstration, die sich gegen Luftangriffe der Türkei in den syrischen Kurdengebieten richten sollte. Die Demonstrationen gegen das WEF 2019 verliefen weitgehend friedlich und ohne Sachschäden. Unter anderen wenigen Aktionen wurde jedoch der Briefkasten des brasilianischen Generalkonsulats in Zürich gesprengt. Daneben können die verschiedensten Umstände Anlass zu Demonstrationen oder Sachbeschädigungen Linksextremer geben.

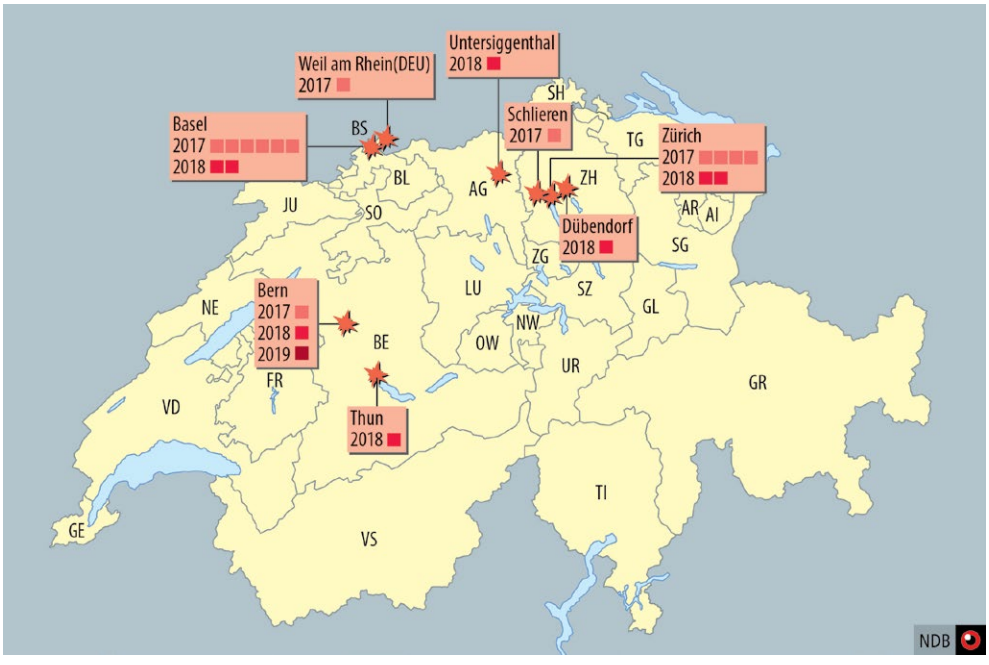
Die aggressive Frontstellung gegenüber Rechtsextremen bleibt bestehen. So verunmöglichten Linksextreme im November 2018 in Basel weitgehend eine bewilligte

Brandanschlag im Rahmen der Antirepressionskampagne. Bern, Januar 2019

Demonstration der Partei National orientierter Schweizer, an der auch gewaltbereite Rechtsextreme teilnahmen. Die Linksextremen griffen bei ihrer Gegendemonstration die Demonstrationsteilnehmer körperlich an. Auch gegen die Polizei wendeten sie Gewalt an.

Mehrere Themen stehen für Linksextreme derzeit ganz oben auf ihrer Traktandenliste; dabei können Motive zu regelrechten Kampagnen gebündelt werden. Während aber die Kampagne gegen die sogenannte Ausschaffungsmaschinerie derzeit nur vereinzelt zu Aktionen führt, läuft seit 2017 eine Kampagne gegen Repression im Allgemeinen, insbesondere aber gegen das Bässlergut in Basel. Die Lage in den von Kurden selbstverwalteten Gebieten im Bürgerkriegsstaat Syrien („Rojava“) beschäftigt die linksextreme Szene weiterhin je nach Tagesaktualität. So stand der Grossteil der Aktivitäten im Frühjahr 2018 im Zusammenhang mit der türkischen Militäroffensive in Afrin, einem Teil Rojavas; im Januar und im April 2018 wurden deswegen Brandanschläge auf das türkische Konsulat in Zürich, im Mai auf das Staatssekretariat für Wirtschaft in Bern verübt. Letzteres war im Zusammenhang mit dem WEF im Januar 2018 auch Ziel eines Anschlagversuchs mit einer unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung.

Brandanschläge im Rahmen der Antirepressionskampagne seit 2017



Insgesamt wurden 2018 über ein Dutzend Brandanschläge verzeichnet. Acht davon galten unter anderem Fahrzeugen von Firmen, die mit dem Bässlergut zu tun haben, in einem Fall ging es um die „Ausschaffungsmaschinerie“. Zwei koordinierte Anschläge galten Ende September analog der Sabotageaktion im Juni 2016 dem Streckennetz der SBB.

Weiterhin sind an manchen Orten in der Schweiz bei Einsätzen hauptsächlich der Sicherheitskräfte, aber auch anderer Blaulichtorganisationen Ausschreitungen möglich, wenn Linksextreme zugegen sind. Jedoch ist derzeit keine so aufgeheizte Stimmung mit massiven Aggressionen mehr zu beobachten wie noch um die Jahreswende 2017/2018. Namentlich im Fall der Reitschule in Bern ist bei einem Einsatz von Blaulichtorganisationen mit hohem Aggressionspotenzial von Seiten gewalttätiger Linksextremer zu rechnen.

Was erwartet der NDB?

Gewalttätiger Rechtsextremismus

Die Medien, die Behörden und die linksextreme Szene widmen der rechtsextremen Szene und ihren Aktivitäten weiterhin viel Aufmerksamkeit. Damit bleiben die Schwierigkeiten bestehen, vor die sich die rechtsextreme Szene gestellt sieht. Wer als Rechtsextremer erkannt oder bezichtigt oder mit rechtsextrem motivierten Ereignissen in Verbindung gebracht wird, hat mit persönlichen Konsequenzen zu rechnen. Grund für konspiratives Verhalten ist demnach weiter vorhanden.

Trotzdem versucht die Szene derzeit, öffentlich für sich und ihre Überzeugungen zu werben. Sie tritt dabei meist nicht so auf, dass sie sich der gesellschaftlichen Ablehnung gewiss sein muss. So meidet sie Bezüge zum Nationalsozialismus. Trotzdem werden wahrscheinlich die Reaktionen auf die rechtsextreme Szene parallel zu ihrem öffentlichen Auftritt zunehmen. Dieser Druck wird das Verhalten der Szene beeinflussen und wahrscheinlich dazu führen, dass sie sich wieder stärker in den Schatten zurückzieht. Gewaltsame Frustreaktionen sind dabei möglich. Abseits des gefilterten öffentlichen Auftretens wird sich die rechtsextreme Szene weiter konspirativ verhalten.

Tagesaktuelle Themen haben die Rechtsextremen derzeit nicht, geschweige denn eine Strategie. Das Gewaltpotenzial ist aber weiterhin vorhanden und könnte sich in dem Moment realisieren, in dem die Szene einen Anknüpfungspunkt in der Tagesaktualität und damit in der Gesellschaft sieht. Eine deutliche Erhöhung der Migrationsbewegungen in die Schweiz oder ein dschihadistisch motivierter Anschlag hierzulande könnten solche Auslöser sein. Rechtsextreme könnten auch gewaltsam auf die gegen sie gerichteten Aktionen der Linksextremen, namentlich der Antifa, reagieren beziehungsweise diese von sich aus zum Ziel machen. Dabei dürfte es sich bei Rechtsextremen um Spontanaktionen ohne grosse, spezifische Vorbereitung handeln.

Gewalttätiger Linksextremismus

Die gewalttätige linksextreme Szene ist kein Monolith. Nicht nur die letztlich nicht in Einklang zu bringenden ideologischen Ausrichtungen Kommunismus und Anarchismus oder die vielfältigen Themen, die längst nicht immer alle mobilisieren, sind ein Grund hierfür, sondern auch die individuellen Einstellungen zu Gewalt. Diese reicht von der Bereitschaft, Gewalt teilweise gutzuheissen, bis hin zu eigener Gewaltanwendung – Letzteres in unterschiedlichen Graden, die von Sachbeschädigungen bis zu Brandstiftung oder schweren Angriffen auf Leib und Leben reichen. Je nach Kontext äussert sich linksextreme Gewalt mit sehr unterschiedlicher

Intensität. Wenn aber im Bereich Rechtsextremismus immer wieder auf verfügbare funktionstüchtige Waffen hingewiesen wird, so muss auch festgestellt werden, dass 2018 im Rahmen einer Hausdurchsuchung bei einem Linksextremen eine geladene Handfeuerwaffe gefunden wurde.

Das Gewaltpotenzial der linksextremen Szene ist weiterhin erhöht. Folgende Situationen und Zusammenhänge können nach Einschätzung des NDB zu Gewaltausübung führen:

- Menschenansammlungen bieten gewalttätigen Linksextremen die Möglichkeit, aus der Masse heraus und deshalb geschützt Gewalt auszuüben. Grundsätzlich bleibt das Aggressionspotenzial gegenüber Sicherheitskräften besonders hoch.
- Die Bündelung von Motiven zu einer über die Tagesaktualität hinausgehenden Kampagne fördert Gewaltausübung. Diese wird zielgerichtet eingesetzt und dient teilweise nicht nur symbolischem Protest oder dazu, Schaden anzurichten, sondern auch der Sabotage.
- Insbesondere gilt Letzteres für den Anarchismus, der auf Kosten des Kommunismus an Bedeutung gewinnt. Anarchisten agieren gewalttätiger als marxistisch-leninistisch orientierte Linksextreme. Sie wollen dem „System“ tel quel schaden beziehungsweise dieses sabotieren.

Die Selbstverwaltungsgebiete der Kurden auf syrischem Boden sind für viele Linksextreme die Realisierung ihrer politischen Vorstellungen. Aus ganz Europa waren und sind Linksextreme vor Ort. Sie haben die Verhältnisse studiert, sich aber auch direkt in der einen oder anderen Form am Kampf beteiligt beziehungsweise tun das noch immer. Fortgesetzt berichten sie von ihren Erfahrungen, in der Hoffnung, Anknüpfungspunkte für eine eigene „revolutionäre Praxis“ zu finden und die Verhältnisse in ihren Herkunftsländern zu verändern. Mit Blick auf den Fortgang des Syrienkonflikts ist nicht nur mit Enttäuschungen und Frustration zu rechnen, die sich auch gewaltsam an Demonstrationen entladen könnten, sondern auch mit Rückkehrern aus dem Kriegsgebiet. Diese können allenfalls neue Fähigkeiten, zum Beispiel im Umgang mit Waffen und Sprengstoff, gewonnen haben, oder ihre Gewaltbereitschaft hat sich erhöht. Es ist zu erwarten, dass sie diese Fähigkeiten im Kampf gegen das „System“ in Europa anwenden wollen. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass Personen direkt angegriffen werden sollen. Erste Wahl werden wahrscheinlich Angriffe auf symbolische Ziele in Form von Sachbeschädigungen bleiben, wobei Kollateralschäden möglich sind.

Gewalttätiger Tierrechtextremismus redivivus?

Auffällig war 2018 eine Häufung von Ereignissen im Zusammenhang mit Tierrechtextremismus. Das Motiv hinter den Taten wird in jüngster Zeit häufig als „Antispeziesismus" beschrieben: Mit „Speziesismus" wird die systematische Bevorzugung menschlicher gegenüber tierischer Interessen bezeichnet; gemeint sind sämtliche Formen der Nutzung von Tieren für Zwecke des Menschen, etwa zur Ernährung, zur Bekleidung oder zur Unterhaltung.

Die verzeichneten Ereignisse lassen sich analytisch drei Zusammenhängen zuordnen. Es geht erstens um Aktionen gegen die Jagd – häufig unter dem Label Animal Liberation Front (ALF) und insbesondere im Kanton Zürich –, zweitens um Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit Fleischverzehr vornehmlich in der Westschweiz und drittens um die Gruppierung 269 Libération animale. Einige weitere Aktionen runden dieses Bild ab, gehören aber nicht zu den Besonderheiten des Jahrs 2018, sondern waren bereits zuvor immer wieder festzustellen.

- Vornehmlich im Kanton Zürich wurden 2018 vermehrt Jagdhochsitze beschädigt oder zerstört. Dies dürfte kein Zufall sein, wurde hier doch im September über die Jagdinitiative abgestimmt. Hinter den festgestellten Sachbeschädigungen dürfte also eine nicht genauer bestimmbare Mischung temporär erhöhter Tätermotivation, gesteigerter Anzeigebereitschaft auf Seiten der Geschädigten und sensibilisierter Behörden stehen. In mehreren Fällen nutzte die unbekannte Täterschaft das bekannte Label ALF zur Bekennung.
- Vornehmlich in der ersten Jahreshälfte 2018 wurden in der Westschweiz zahlreiche Sachbeschädigungen begangen. So wurden allein in einer Nacht Ende Februar in Genf sechs Unternehmen angegriffen. Die Angriffe galten der fleischverarbeitenden Branche, häufig gingen die Scheiben von Metzgereien zu Bruch.
- Eine seit Jahren in verschiedenen Ländern bestehende, nach der Nummer eines in Israel zur Schlachtung vorgesehenen Kalbs 269 Libération animale benannte Gruppierung wurde 2018 auch in der Westschweiz aktiv. Grund hierfür dürften personelle Bezüge zu bestehenden französischen Strukturen sein. Die öffentlichkeitswirksamen Aktionen, zu denen sich die Gruppierung bekannte, verliefen hierzulande in Formen des sogenannten zivilen Ungehorsams.

2018 hat im Bereich Tierrechtextremismus gezeigt, dass eine bestehende Szene auch nach langen Jahren der Ruhe wieder gewaltsam agieren kann. Derzeit erreichen deren Aktivitäten nicht ansatzweise eine ähnliche kriminelle Energie wie vor Jahren in der Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty. Aber wie das Beispiel Zürich zeigt, ist die Szene fähig, eine eigene Kampagne durchzuführen. Zudem sind personelle und ideelle Anknüpfungspunkte für den Import einer gewaltsam agierenden Kampagne in der Schweiz vorhanden.

Sachbeschädigung bei einem Geflügelimportunternehmen. Genf, August 2018

Proliferation

Was sieht der NDB?

Hohe Attraktivität von Massenvernichtungswaffen

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und zugehöriger Trägermittel ist ein seit nunmehr Jahrzehnten aktuelles Problem der internationalen Sicherheit. Massenvernichtungswaffen, insbesondere Nuklearwaffen, sind Attribute von Grossmächten, die global Einfluss nehmen wollen. Gleichzeitig stellen sie einen Schutz dar gegen militärische Intervention von aussen. Dieser Aspekt ist insbesondere für die kleineren, nicht offiziellen Atommächte oft zentral, da er das Überleben des Regimes sichert. Die Attraktivität von Massenvernichtungswaffen bleibt hoch, und der technische Fortschritt begünstigt deren Erwerb.

Schweiz ist gefragt

Die Schweiz als Hochtechnologiestandort und Forschungsplatz von Weltruf ist automatisch Teil dieser Dynamik. Schweizer Güter, Technologie und Know-how, die für friedliche Zwecke entwickelt wurden, werden weiterhin von proliferierenden Staaten für die missbräuchliche Verwendung in Massenvernichtungswaffenprogrammen gesucht. Die Schweizer Hochschulen vermitteln Wissen, das auch in Massenvernichtungswaffenprogrammen Verwendung finden kann. Die Schweiz als aktiver Partner im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und als Mitglied aller Exportkontrollregime ist verpflichtet, auch im akademischen Bereich präventive Massnahmen umzusetzen. Die Schweiz ist ein neutrales Land, das aufgrund seiner sachorientierten Politik grosse Glaubwürdigkeit geniesst. Deshalb ist auch die Meinung der Schweiz zu Proliferationsfragen von Bedeutung und wird zum Gegenstand ausländischer Beeinflussungsoperationen, wie das zum Beispiel beim Labor Spiez der Fall war.

Langfristig bedeutsam

Die Proliferation ist anders als der Terrorismus kein Thema, das regelmässig in der Tagesaktualität für Schlagzeilen sorgt. Sie wirkt langfristig und oft im Hintergrund. Anders als der Terrorismus in Europa ist sie kein Phänomen, das gesellschaftliche Entwicklungen begleitet; sie begleitet und fördert allerdings den strategischen Wettbewerb zwischen Staaten, die die Strukturen in ihrem Einflussraum einseitig prägen oder verändern wollen. Auch deshalb ist die Thematik für die Schweiz von grosser und langfristiger Bedeutung, da die Schweiz multilateralem Konsens und einem stabilen Rechtsraum den Vorzug gibt.

Wichtige Rolle Chinas

Die Gewichtsverschiebung weg von den USA und hin zu China ist im Bereich der zivilen Kerntechnologie besonders ausgeprägt. Es ist schon heute China, das die Dynamik in diesem Bereich prägt. Damit verschieben sich auch Schwergewichte der Verpflichtung für die Nonproliferation und für das Verhindern des Entstehens neuer Kernwaffenstaaten.

Zielländer heute und morgen

Pakistan ist bestrebt, sein Nuklearprogramm auszubauen und benötigt dafür weiterhin Know-how aus dem Ausland, darunter auch aus der Schweiz. Dabei stehen neben der eigentlichen Produktion von Spaltmaterial auch Beschaffungen im Vordergrund, die dem Erhalt der Einsatzbereitschaft von Kernwaffen oder deren Lagerung dienen. Dies wird sich fortsetzen.

Die Normalisierung des iranischen Aussenhandels, die mit dem Nuklearabkommen eingesetzt hatte, wurde durch den Rückzug der USA aus dem Abkommen erschwert. Iran wird künftig wieder verstärkt Einkäufe von an sich legitimen Gütern über Mechanismen tätigen, die aus kommerzieller Sicht suspekt erscheinen, da die im Rahmen des JCPOA vorgesehenen kommerziellen Geschäftskanäle nicht funktionieren. Dies erschwert das Erkennen kritischer Vorgänge. Die weitere Ausrichtung Irans auf den Handel mit Asien verstärkt den Trend, auch europäische Waren zum Beispiel in China zu beschaffen.

Mit dem anstehenden Ende des Kriegs in Syrien und dem Wiederaufbau des Landes ist mit einer erhöhten Anzahl Beschaffungsvorgänge in diesem Raum zu rechnen. Aus Gründen der Logistik dürfte in diesem Zusammenhang auch Libanon als Transitdestination verstärkt in Erscheinung treten. Es wird eine Herausforderung sein sicherzustellen, dass für den Wiederaufbau bestimmte Waren und Gelder nicht missbräuchlich verwendet werden. Auch die iranische Präsenz im Raum könnte zu Beschaffungen zugunsten iranischer Interessen via Libanon und Syrien führen.

Nordkorea wird mit direkten Einkäufen in der Schweiz weiterhin kaum in Erscheinung treten. Jedoch ist aufgrund der weniger strikten Umsetzung der UNO-Sanktionen im ostasiatischen Raum der indirekte Bezug von Schweizer Gütern über die Nachbarländer wieder leichter möglich.

Was erwartet der NDB?

Beschaffung von Gütern und Know-how

Das Interesse proliferierender Staaten an der innovativen Schweiz wird nicht abnehmen. Die bereits heute bestehende Verzahnung zwischen Spionage und Proliferation wird sich weiter akzentuieren. Staaten wie Iran oder Nordkorea, die ihre Cybermittel aufgrund von Konflikten mit Drittstaaten oder aus anderen Motiven entwickelt haben, könnten dem chinesischen Beispiel folgen und diese Mittel gezielter für die Wirtschaftsspionage beziehungsweise zugunsten ihrer Massenvernichtungswaffenprogramme einsetzen. Dabei liegt das Interesse nicht nur in der Technologie; es geht auch um das Beziehungsnetz einer Firma, ihre Bezugsquellen und ihre Kunden. Der Besitz solcher Informationen kann entscheidend sein, um gegenüber einer Schweizer Firma als glaubwürdiger Kunde auftreten oder Beschaffungen über Dritte tätigen zu können.

An den Zielländern der Proliferationsbekämpfung wird sich wenig ändern.

Länderprogramme

Die Nuklear- und Raketenprogramme Indiens und Pakistans dürften wie in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt werden. Hinsichtlich Pakistan stellt sich die Frage, ob das Land wie der indische Rivale auch Interkontinentalraketen ent-

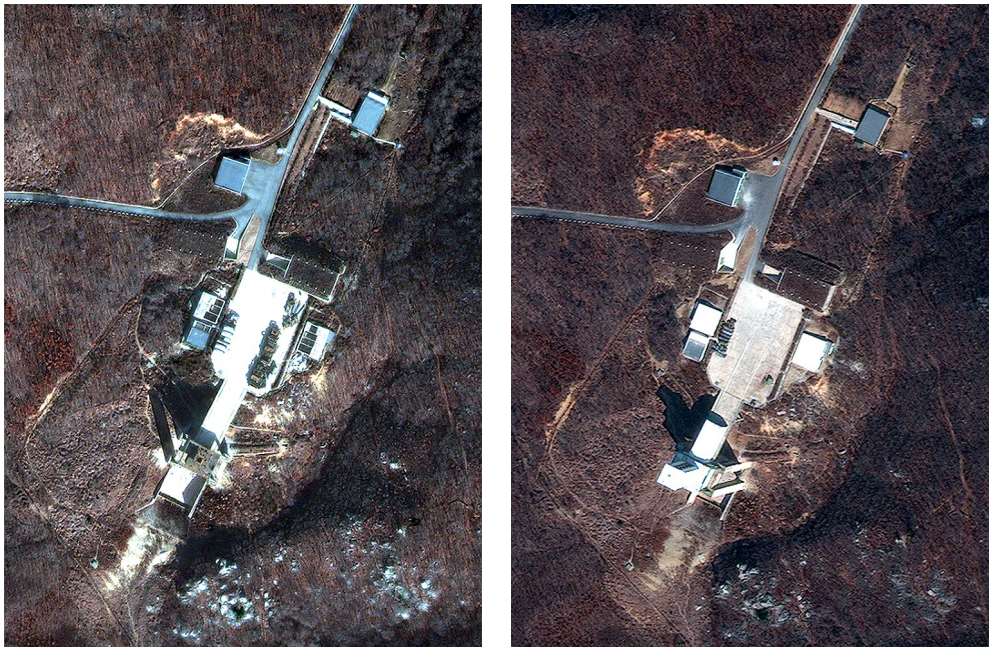
Elektronisches Messgerät, das Hinweisen zufolge in Pakistan im Rahmen des Kernwaffenprogramms hätte verwendet werden sollen (Foto privat)

wickeln wird. Damit würde Europa nach Israel, Indien und Nordkorea in Reichweite eines weiteren Kernwaffenstaats ausserhalb der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats geraten.

Iran wird voraussichtlich so lange als möglich im JCPOA verbleiben und auf eine neue Administration in Washington warten. Damit bleibt das Nuklearprogramm unter Kontrolle. Im Raketenbereich wird Iran weiter an seinen Bestrebungen arbeiten, die Präzision seiner Raketen grösserer Reichweite zu verbessern. Eine Steigerung der Reichweite über die angeblich von Revolutionsführer Chamenei aus politischen Gründen gesetzte Grenze von 2000 Kilometern ist auch aus technischen Gründen vorerst nicht möglich.

Ein vollständiger Verzicht Nordkoreas auf Nuklearwaffen und für deren Einsatz geeignete Trägersysteme bleibt unwahrscheinlich. Nordkorea wird noch über Jahre an seinem Raketen- und Kernwaffenprogramm festhalten und dieses weiter ausbauen,

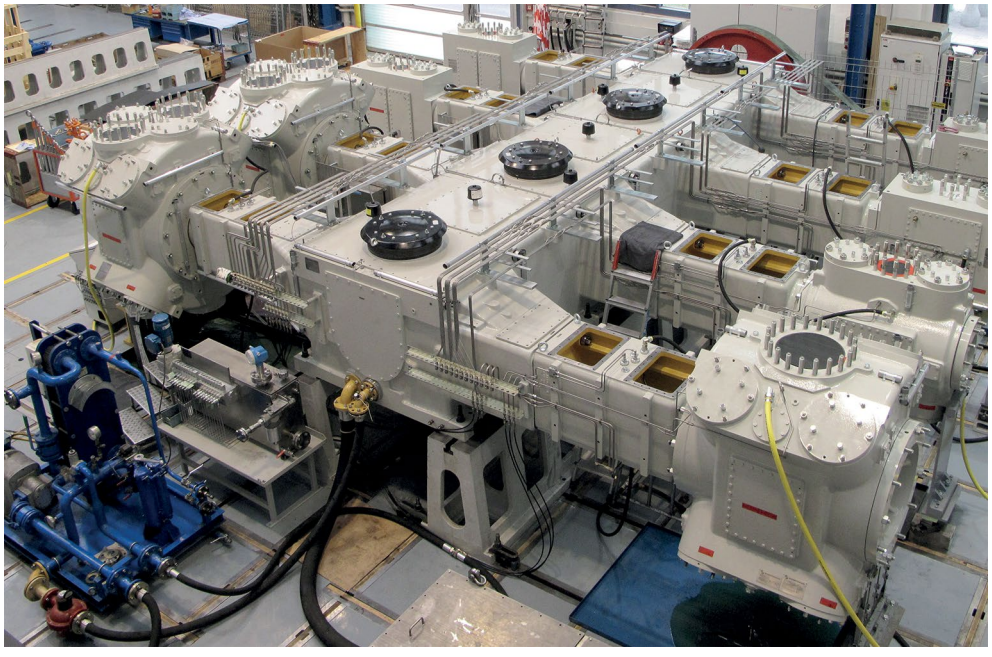
Raketentriebwerkteststand von Tongchang-Ri, Nordkorea: Dieser wurde nach dem Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Trump und dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un in Singapur vom 12. Juni 2018 teilweise abgebaut (linke Satellitenaufnahme, 5. Dezember 2018, WV4). Kurz vor dem Gipfeltreffen von Hanoi vom 27./28. Februar 2019 begann Nordkorea jedoch, den Teststand wieder aufzubauen. Anfang März war er wieder erstellt (rechte Aufnahme, 13. März 2019, GE1). Auswertung durch IMINT Center des Militärischen Nachrichtendiensts



auch wenn es punktuell demonstrative Abrüstungssignale sendet. Die im Land ebenfalls vorhandenen Kapazitäten im Bereich der Biologie- und Chemiewaffen dürften auf hohem Stand bleiben.

Neu am Horizont erscheinen nun auch die Konturen des saudischen Nuklearprogramms. Saudi-Arabien plant einen sehr ehrgeizigen Aufbau eines zivilen Nuklearprogramms mit 16 Kernreaktoren und einer eigenen Brennstoffproduktion. Sollte das Land dies umsetzen und das notwendige Fachpersonal ausbilden lassen, würde die Ankündigung des saudischen Kronprinzen nach Nuklearwaffen zu streben, sollte Iran dies tun, auch technisch umsetzbar.

Ähnliche Kompressoren aus Schweizer Produktion hätten Hinweisen zufolge in Pakistan im Rahmen des Kernwaffenprogramms verwendet werden sollen. (Foto privat)



Das Ende des INF: Horizontale versus vertikale Proliferation

Die Proliferation unterscheidet zwei Ausprägungen: horizontal und vertikal. Die horizontale Proliferation beschreibt die Aktivitäten und Prozesse, durch die Staaten ohne Massenvernichtungswaffen oder Trägermittel in den Besitz solcher Waffen und damit neuer Fähigkeiten zu gelangen suchen. Unter der vertikalen Proliferation wird dagegen der qualitative und quantitative Ausbau bestehender Arsenale verstanden. Zwischen beiden Ausprägungen der Proliferation besteht eine Wechselwirkung. Pakistan bleibt ein Problem der horizontalen Proliferation, indem es zum Beispiel in der Schweiz Kalibrierinstrumente beschafft. Diese dienen im Endeffekt der Bestückung von Marschflugkörpern mit Kernwaffen, also dem Aufbau einer neuen Fähigkeit im luftgestützten Teil der nuklearen Triade. Gleichzeitig optimiert Pakistan mit vorhandenem Know-how seine Kernwaffen und erhöht deren Stückzahl, betreibt also auch vertikale Proliferation.

Die nukleare horizontale Proliferation ist global geächtet und kann daher nicht Gegenstand multilateraler Vereinbarungen sein. Die vertikale Proliferation dagegen wird primär von der technologischen Entwicklung in den anerkannten Kernwaffenstaaten getrieben und ist Gegenstand der Rüstungskontrolle zwischen einzelnen Staaten. Die vertikale Proliferation unter den führenden Kernwaffenstaaten ist ein Technologietreiber und entsprechend teuer. Disruptive Technologien wie zum Beispiel die Präzisionsnavigation mittels Trägheitssensoren oder GPS, die heute jedes Handy beherrscht, wurden ursprünglich für militärische Zwecke entwickelt. Es war immer schon eines der Ziele von Rüstungskontrolle, den Ressourceneinsatz der Staaten für die vertikale Proliferation zu begrenzen. Die Rüstungskontrolle interagiert also sehr stark mit dem Stand der Spitzentechnologie und der globalen Verbreitung solcher Spitzentechnologie zum Zeitpunkt der Vertragsvereinbarung.

Der 1987 unterzeichnete INF-Vertrag ist ein gutes Beispiel für diese Interaktion. Er untersagt die Stationierung von landgestützten, nicht aber von luft- oder seegestützten unbemannten Trägermitteln mit einer Reichweite zwischen 500 bis 5500 Kilometern durch die Streitkräfte der USA und der Sowjetunion beziehungsweise heute deren Rechtsnachfolger. Beide Staaten hatten 1987 ein Duopol, was Qualität und Quantität solcher Systeme betraf, und beide Staaten waren bedingt durch die Technologie der Achtzigerjahre beschränkt auf eine Präzisionsnavigation mit einer Genauigkeit von um die hundert Meter. Der Begriff „Trägermittel" war damit ein Synonym für „nukleares Trägermittel", da nur mit Kernwaffen erfolgreich gegen taktische Ziele gewirkt werden konnte. Anfang der Neunzigerjahre erlangten die USA die Fähigkeit, grosse Punktziele wie Flugplätze mittels konventionell bestückten Marschflugkörpern aus Distanzen von Hunderten von Kilometern erfolgreich

anzugreifen. Mitte der Neunzigerjahre wurde dann die Bekämpfung auch kleinerer Punktziele wie Bunker möglich. In Russland erfolgte diese Entwicklung rund ein Jahrzehnt später. China verfügt heute über dieselben und in Teilbereichen sogar über erweiterte Fähigkeiten.

Die technologische Entwicklung und der Aufstieg Chinas führten also dazu, dass ein Instrument der strategischen Rüstungskontrolle zwischen zwei Vertragsstaaten plötzlich die Entwicklung neuer Kernkompetenzen der konventionellen Streitkräfte in diesen – aber nur in diesen – Vertragsstaaten hemmte, nämlich die Bekämpfung von Punktzielen von hohem Wert mit konventionellen Abstandswaffen. Die USA als traditionelle Seemacht mit überlegener Luftwaffe konnten diesen „Kollateralschaden aus der Vergangenheit" dank luft- und seegestützter Mittel leichter verkraften als die Landmacht Russland. Es war aber absehbar, dass beide Staaten im Rahmen ihrer Politik Auswege aus dieser Sackgasse suchen würden.

Der Konsens, horizontale Proliferation zu ächten, ist politisch unter Druck – auch wenn nur wenige Staaten sich offen dagegen aussprechen. Er dürfte aber weiterbestehen. Die vertikale Proliferation hingegen ist unter permanentem Druck der technologischen Weiterentwicklung und neuer geostrategischer Realitäten. Ihre Kontrollmechanismen müssen daher periodisch erneuert werden, unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Spitzentechnologie und deren globaler Verbreitung. Das Ende des INF-Vertrags beinhaltet damit auch die Möglichkeit eines zeitgerechteren und globalen Systems der Rüstungskontrolle.

Verbotener Nachrichtendienst

Was sieht der NDB?

Motive und Ziele

Spionage folgt unterschiedlichen Motiven und hat mehr als ein Ziel. So bemühen sich Staaten, ihr Lagebild mit nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen zu vervollständigen, um so die Effektivität ihrer Handlungen zu verbessern. Weiter kann beobachtet werden, dass vermehrt Informationen mit dem Ziel beschafft werden, auf das Handeln von Rivalen im Rahmen sogenannter Beeinflussungsoperationen einzuwirken oder diesen zu schaden. Beides kann mit der selektiven Veröffentlichung von Informationen erfolgen. Oft ist das Ziel solcher Aktivitäten, die Kohäsion internationaler Gruppierungen oder Institutionen zu schwächen und dadurch deren Handlungsfähigkeit einzuschränken. Ferner gab es jüngst mehrere Fälle, in denen Staaten ihre Nachrichtendienste – ausserhalb traditioneller Spionageeinsätze – für Attentate auf Regimegegner oder Überläufer einsetzten.

Methoden

Es gibt verschiedene Methoden der verdeckten Informationsbeschaffung: Neben der Sichtung und Auswertung offener Informationen sowie der „klassischen" Rekrutierung und Abschöpfung menschlicher Quellen haben weitere sogenannte Sensoren an Bedeutung gewonnen. Sie ersetzen die herkömmlichen jedoch nicht. Nachrichtendienste setzen weiterhin auf einen Mix verschiedener Sensoren und bauen diese laufend aus.

Bekanntgewordene Spionageoperationen zeigen, dass parallel zu menschlichen Quellen und mit ihnen zusammenwirkend Cybermittel und andere Instrumente der Kommunikationsaufklärung eingesetzt werden. Je nach Zielsetzung werden Informationen auch ausschliesslich über den Cyberraum beschafft. Dieser hat insofern an Bedeutung gewonnen, als dass sich der Einsatz von cybergestützten Mitteln der Informationsbeschaffung für viele Akteure bewährt hat: Cyberspionage ist schwierig zu entdecken, die Täter können strafrechtlich kaum erfolgreich belangt werden, da das mutmassliche Herkunftsland sich an der Aufklärung natürlich nicht beteiligt, und die nachrichtendienstliche Bestimmung der Herkunft („Attribution") kann mit Hinweis auf die fehlende Beweisbarkeit einfach abgestritten werden.

Schweiz als Ziel

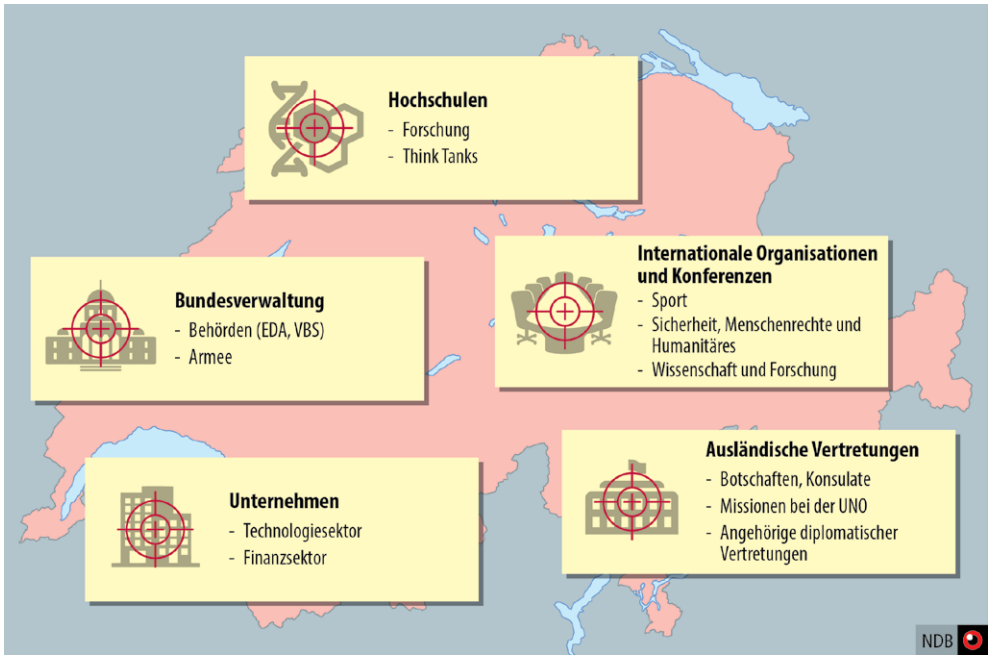
Die Schweiz ist von diesen Entwicklungen in mehrfacher Hinsicht betroffen: Schweizer Behörden, hierzulande niedergelassene internationale Organisationen und Schweizer Unternehmen sind selber Ziel nachrichtendienstlicher Aufklärungstätigkeit. Auf dem Territorium der Schweiz finden zudem sogenannte Drittlandtreffen

statt, also Treffen zwischen Angehörigen ausländischer Nachrichtendienste und ihren Quellen auf dem Gebiet eines Staats, der weder das Herkunftsland des Nachrichtendienstoffiziers noch der Quelle ist.

Vom NDB erkannte Ziele nachrichtendienstlicher Tätigkeiten sind unter anderem Schweizer Behörden, die Armee, das internationale Genf beziehungsweise Diplomaten aus anderen Staaten, die Rüstungsindustrie, der Technologiesektor, der Banken- und Handelsplatz, Sportorganisationen, ausländische diplomatische Vertretungen in der Schweiz, internationale Organisationen mit Sitz in der Schweiz und Schweizer Unternehmen aus verschiedenen Branchen sowie die Hochschulen. Darunter befinden sich auch kritische Infrastrukturen. Ebenso kann beobachtet werden, dass einige Staaten versuchen, Regimegegner oder ihre jeweilige Diasporagemeinschaft in der Schweiz aufzuklären.

Die Schweiz ist ein attraktives Ziel für Wirtschaftsspionage. Staaten bevorzugen es immer häufiger, Wirtschaftsspionage mit Cybermitteln zu betreiben. Seit 2015 verzeichnet der NDB eine steigende Anzahl staatlicher Cyberangriffe auf Exponenten der Schweizer Wirtschaft. Dabei lag der Fokus zum einen auf dem Diebstahl von Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnissen, zum anderen auf der Beschaffung von Informationen im Vorfeld von Firmenübernahmen.

Ziele staatlicher Cyberangriffe in der Schweiz



Russische Spionageaktivitäten mit Schweizbezug

Der NDB stellte vergangenes Jahr anhaltend aggressive russische Spionageaktivitäten in der Schweiz fest. In der Schweiz unterhalten namentlich der russische Auslandnachrichtendienst SWR, der Militärische Nachrichtendienst GRU und der Inlandnachrichtendienst FSB eine Präsenz. Die meisten agieren unter diplomatischer Tarnung.

Die Schweiz dürfte heute in Europa einer der wichtigsten Standorte der russischen Nachrichtendienste sein. Nach Erkenntnissen des NDB sind derzeit rund ein Drittel der in der Schweiz akkreditierten russischen Diplomaten identifizierte Angehörige der Nachrichtendienste oder werden verdächtigt, solche zu sein. Hinzu kommen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich nur kurzzeitig in der Schweiz aufhalten und zum Beispiel in Drittlandtreffen oder in einzelne Operationen involviert sind oder an internationalen Konferenzen teilnehmen.

Russische Spionageanstrengungen gegen die Schweiz standen zuletzt schwergewichtig im Zusammenhang mit zwei Themen. Zum einen waren dies die Untersuchungen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zu Chemiewaffeneinsätzen in Syrien, zum anderen dem Versuch, den vormaligen russischen Nachrichtendienstangehörigen Sergei Skripal in Salisbury (Grossbritannien) zu ermorden. Der NDB hat wesentliche Beiträge zur erfolgreichen Gegenaufklärung der OPCW-Operation geleistet, zumal die betreffende Einheit des GRU ihm bereits bekannt war. Diese hatte wiederholt Cyberoperationen gegen Schweizer Interessen durchgeführt: Ihre Spuren wurden bereits 2016 und 2017 in der Schweiz festgestellt. Der NDB teilte seine Informationen mit Partnerdiensten. Dies erlaubte es den Partnern, das Team des GRU bei der Einreise zu identifizieren. Das von den niederländischen Behörden festgenommene Team wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit anschliessend auch gegen die Schweiz aktiv geworden; die internationale Zusammenarbeit dürfte einen Cyberangriff auf das Labor Spiez verhindert haben.

Der NDB stellte zudem fest, dass russische Dienste Aktivitäten gegen mehrere in der Schweiz ansässige internationale Sportorganisationen unternommen haben, darunter die Weltantidopingagentur (Wada), und diverse Sportverbände. Kontext dieser Aktivitäten waren die damals laufenden Untersuchungen zum russischen Dopingprogramm.

Spionageaktivitäten anderer Staaten

Auch die Nachrichtendienste anderer Staaten sind mit Personal in der Schweiz präsent und beschaffen Informationen. Dabei geht die zweitgrösste Bedrohung von China aus.

Hackergruppen aus dem asiatischen Raum gehören weltweit zu den aktivsten Wirtschaftsspionageakteuren. Auffallend ist die verhältnismässig grosse Anzahl Cyberangriffe, die chinesischen Hackergruppen zugeordnet werden konnte. Die Untersuchungen dieser Vorfälle zeigen, dass sich die Interessen der Angreifer mit den Schlüsselindustrien der chinesischen Wirtschaftsplanung decken. Das gewonnene Wissen dürfte nutzbringend in die technische Entwicklung und das Wachstum chinesischer Unternehmen einfliessen.

Die Erkenntnisse zu den bisher in der Schweiz festgestellten Vorfällen lassen auf mehrere Hackergruppen schliessen, die unlängst mit den chinesischen Nachrichtendiensten in Verbindung gebracht wurden. Nicht selten stehen chinesische IT-Dienstleister hinter diesen Cyberangriffen: Sie werden vom Staat mit der Beschaffung sensibler Daten im In- und Ausland beauftragt und durch die chinesischen Nachrichtendienste koordiniert. Die massiven Investitionen der chinesischen Regierung in ihre Cyberinfrastrukturen sowie der kontinuierliche Ausbau ihrer zivilen und militärischen Cyberfähigkeiten sind auch in der zunehmenden Komplexität der Cyberangriffe feststellbar. Der NDB beobachtet diese Entwicklung auch in der Schweiz. Die Anzahl technisch hochstehender, gezielter Cyberangriffe auf strategisch relevante Ziele hat seit 2016 stark zugenommen. Als Beispiel können grossflächige Cyberangriffe auf internationale IT-Dienstleister genannt werden, über deren Netzwerke die Angreifer unbemerkt Zugriff auf eine grosse Menge sensibler Daten hatten.

Chinesische Dienste sind ebenso an politischen Informationen über die Schweiz und an in der Schweiz ansässigen Diasporagemeinschaften interessiert, darunter der Tibeter und ihrer Organisationen.

Dem NDB ist nur eine kleine nachrichtendienstliche Präsenz Irans in der Schweiz bekannt. Die französischen und dänischen Behörden konnten 2018 Anschläge Irans auf Regimegegner vereiteln. Beide Staaten schreiben den jeweiligen Anschlagsversuch dem iranischen Nachrichtendienst Mois zu. Dies stellt eine Abkehr von der bisher beobachteten Arbeitsteilung der iranischen Sicherheitsbehörden dar. Zuvor waren für Auslandsoperationen grundsätzlich die Quds-Einheiten der iranischen Revolutionsgarden zuständig.

Was erwartet der NDB?

Spionage: Eine sich weiter akzentuierende Herausforderung

Mit der Rückkehr der Machtpolitik hat auch der verbotene Nachrichtendienst weiter an Gewicht gewonnen. Spionage als Mittel der Informationsbeschaffung befindet sich weltweit im Aufwind. Staaten und private Akteure setzen heute intensiv und wahrscheinlich in grösserem Ausmass als noch vor einigen Jahren verdeckte Mittel zur Gewinnung von Informationen ein. Taktgeber der beobachtbar intensivierten Spionagetätigkeit im strategischen Umfeld der Schweiz und in der Schweiz selbst sind insbesondere der sich intensivierende Konflikt zwischen Russland und westlichen Staaten sowie wirtschaftliche Rivalitäten.

- Für Europa ist dabei feststellbar, dass insbesondere Russland aggressiv Informationen über die Nato, die EU sowie die Aussen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik europäischer Staaten beschafft. Die Schweiz ist davon direkt betroffen, entweder als Ziel von Spionage oder als Schauplatz nachrichtendienstlicher Tätigkeiten gegen Dritte. Sie wird es auch bleiben.
- Eine Abkehr Chinas von seiner Wirtschaftsagenda ist nicht zu erwarten. Die USA befinden sich in einem Handelskonflikt mit China; in Europa haben Staaten damit begonnen, Investitionskontrollen einzuführen und erschweren damit insbesondere chinesische Übernahmen. Chinesische Firmen werden sich vermehrt auf Staaten konzentrieren, die eine liberalere Gesetzgebung für ausländische Direktinvestitionen kennen, wie zum Beispiel die Schweiz.

Aufgrund der weltweiten Dynamik ist damit zu rechnen, dass sich die Spionageaktivitäten ausländischer Staaten in der Schweiz und gegen die Schweiz noch intensivieren werden. Wenn sich der Trend weiter durchsetzt, dass Staaten ihre Interessen selbstständig mit Macht anstatt mit rechtlichen Mitteln oder in multinationalen Gremien durchzusetzen suchen, werden dabei auch ihre Nachrichtendienste eine Rolle spielen. Diese beschränkt sich nicht auf die Informationsgewinnung. Nachrichtendienste dürften sowohl in der Vorbereitung, der Durchführung und der Nachbehandlung schwerer Straftaten eine Rolle spielen. Die Beispiele hierfür haben sich in jüngster Zeit vermehrt – neben der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sind zu nennen: die Ermordung eines Bruders von Kim Jong-un in Malaysia, die versuchte Ermordung Sergei Skripals und seiner Tochter in Grossbritannien, die Entführung eines vietnamesischen Staatsbürgers in Deutschland, der Anschlagsplan gegen iranische Oppositionelle in Frankreich und die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Kashoggi in der Türkei.

Konsequenzen für die Schweiz

Der Fokus ausländischer Spionage wird weiterhin auf internationalen und diplomatischen Prozessen, dem Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz sowie der Positionierung der Schweiz in internationalen Fragen liegen.

Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen bilden nur einen kleinen Teil staatlicher oder staatlich motivierter Cyberangriffe. Weil diese Infrastrukturen aber tatsächlich kritisch sind, können solche Angriffe, die hauptsächlich politisch oder wirtschaftlich motiviert sind, beträchtlichen Schaden anrichten. Auch kritische Infrastrukturen der Schweiz können bei solchen Angriffen auf die Liste der Ziele gelangen, wie der verhinderte Cyberangriff auf das Labor Spiez zeigt.

Cyberwirtschaftsspionage stellt für wirtschaftliche Ziele in der Schweiz eine andauernde Bedrohung dar. Der NDB geht auch für das kommende Jahr von anhaltenden Cyberangriffen auf Unternehmen und Organisationen in der Schweiz aus. Dabei werden vor allem jene Industrien im Mittelpunkt stehen, die von der chinesischen Regierung zur Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele priorisiert werden.

Spionage bedeutet einen Angriff auf die Souveränität der Schweiz, kann der Handlungsfreiheit der Landesregierung schaden, bedroht den Werkplatz Schweiz und schadet dem Ansehen und der Funktionsfähigkeit des internationalen Genf. Es geht bei der Spionageabwehr somit nicht nur um den Schutz der Bevölkerung, son-

Kurzfilm „Im Visier" zum Thema „Wirtschaftsspionage in der Schweiz"

Im Internet unter:
www.ndb.admin.ch/wirtschaftsspionage

dern auch um den Schutz der Schweizer Rechtsordnung und der Handlungsfähigkeit der Behörden, der hierzulande tätigen internationalen Organisationen sowie der wirtschaftlichen Prosperität und des Forschungsstandorts Schweiz.

Das Erkennen von Spionagetätigkeiten allein genügt allerdings nicht. So sind die Cyberoperationen einiger Akteure nicht seltener geworden, obwohl sie aufgedeckt wurden. Der GRU hat Ende 2018 eine breite Kampagne gegen Ziele in Europa begonnen, nachdem nur einige Wochen zuvor die Medien über eine Kampagne dieses Dienstes berichtet hatten.

Der Halbjahresbericht von Melani ist im Internet verfügbar *(www.melani.admin.ch)*

Schutz kritischer Infrastrukturen

Gezielte Angriffe auf industrielle Kontrollsysteme | Die Schadsoftware Triton/Trisis ist darauf ausgerichtet, Überwachungssysteme von Industriesteuerungen so zu manipulieren, dass fehlerhaftes Verhalten nicht erkannt wird. Bislang fokussierten die Angriffe direkt auf die Anlagensteuerungen. Ein Sicherheitskontrollsystem überwacht und kontrolliert den Betrieb einer Anlage. Übersteigt zum Beispiel der Druck oder die Temperatur des zu überwachenden Prozesses einen kritischen Wert, werden Alarme ausgelöst, automatisch Gegenmassnahmen eingeleitet oder das System abgeschaltet. Gelingt es, solche Systeme zu manipulieren, kann so eine Anlage beschädigt oder sogar zerstört werden. Triton/Trisis ist erst die fünfte bekannte Schadsoftware, die spezifisch auf industrielle Steuerungen ausgerichtet ist. Die bekannteste Schadsoftware in diesem Zusammenhang ist Stuxnet. In dieselbe Kategorie gehört die Schadsoftware, mit der im Dezember 2015 und 2016 die Stromversorgung in der Ukraine angegriffen wurde.

Solche Angriffe wurden bislang sehr zurückhaltend eingesetzt, Sabotageaktionen bleiben zurzeit vor allem auf kriegsähnliche oder strategische Konflikte beschränkt. Die Zurückhaltung dürfte damit zusammenhängen, dass solche Operationen das Risiko eines unkontrollierbaren Kollateralschadens bergen, was auch für den Angreifer unkalkulierbare Konsequenzen mit sich bringt. Deshalb richten sich solche Angriffe in der Regel sehr gezielt gegen eine spezifische Systemkonfiguration, und sie sind entsprechend aufwendig. Ein solcher Aufwand wird typischerweise nur von staatlichen Akteuren betrieben.

Daneben werden vermehrt Industriesteuerungen und deren Betreiber ausspioniert, möglicherweise um sich einen Überblick über Manipulationsmöglichkeiten zu schaffen und für künftige politische Entwicklungen bereit zu sein. So wurden vor allem Aktivitäten des Spionagekomplexes Dragonfly beobachtet, der den Energiesektor im Visier hat.

Eingekaufte Risiken bei IKT-Komponenten | Nicht erst seit den Enthüllungen Snowdens stehen Hersteller von Hard- und Software bestimmter Staaten im Rampenlicht. Schon kurz nach dem Eintritt des chinesischen Herstellers Huawei in den globalen Markt wurden vor allem in einigen westlichen Staaten Zweifel an der Integrität seiner Produkte und an der Unabhängigkeit des Unternehmens von den chinesischen Behörden laut. Mit den Snowden-Leaks 2013 bestätigte sich zumindest in Teilen der Verdacht, dass auch amerikanische Hersteller wie Cisco, Microsoft oder Google den Behörden Zugang zu ihren Produkten gewähren.

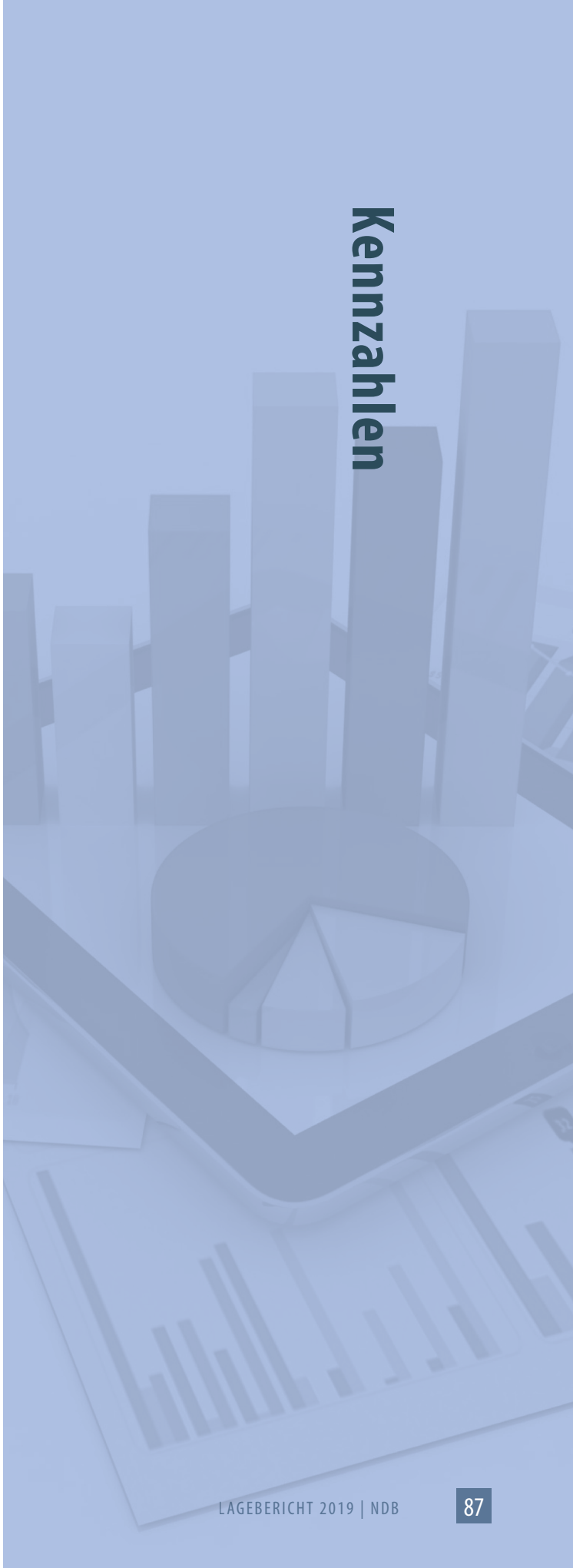
Vor dem Hintergrund des potenziellen Zu- und Durchgriffs auf IKT-Hersteller durch die jeweiligen Sitzstaaten werden Massnahmen getroffen. Grundsätzlich zie-

len die im Moment getroffenen Massnahmen im weitesten Sinn auf die Hersteller und Anbieter von Hard- und Softwarelösungen. So schliessen zum Beispiel die USA das Unternehmen Kaspersky generell aus Beschaffungsprozessen aus. Auch mit Blick auf die Beschaffung von Huawei-Geräten tauchen zunehmend Forderungen auf, diesen Hersteller auszuschliessen. China schliesst Hersteller und Anbieter nicht per se aus, macht aber Auflagen. Russland lässt gewisse Komponenten ohne Zertifizierung des FSB nicht zu. In der Schweiz verlangen Bundesbehörden seit 2014 bei kritischen Beschaffungen eine vertiefte Abklärung bei Hersteller und Anbieter.

Während diese Ansätze kurz- bis mittelfristig Lösungen für gewisse Aspekte bieten, wird in mehreren Ländern, darunter auch der Schweiz, eine generelle Diskussion geführt, wie man die Abhängigkeit von Ländern mit technologischer Vormachtstellung reduzieren kann. Auch auf der Ebene der internationalen Sicherheitspolitik sind staatliche Zu- und Durchgriffe auf Hersteller von IKT-Lösungen seit geraumer Zeit ein Thema. So stipulierte 2015 der Bericht der UN Group of Governmental Cyber-Experts erste politische, rechtlich nicht bindende Verhaltensnormen für Staaten. Für den Folgebericht 2017, der diese hätte konkretisieren sollen, liess sich in einem unterdessen wesentlich raueren Klima kein Konsens mehr finden.

Es ist deshalb anzunehmen, dass Staaten Hersteller von IKT-Lösungen weiterhin rechtlich zur Zusammenarbeit mit ihren Behörden verpflichten werden. Es ist unwahrscheinlich, dass sich ein privatwirtschaftliches Unternehmen gegen geltendes Recht in seinem Heimatstaat stellt. Auf der anderen Seite wird die Schweiz in absehbarer Zeit kaum Alternativen zu den vorherrschenden Hard- und Softwarelösungen ausländischer Anbieter aufbauen können. Die Digitalisierung von Geschäftsprozessen findet bereits heute statt. Es bleibt, die Risiken zu analysieren und entsprechend flankierende Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen. Dies kann dazu führen, dass die scheinbar kostengünstigste Offerte infolge angezeigter flankierender Massnahmen zu internen Mehrkosten führt oder eine weitere Dienstleistung zur Kontrolle und Absicherung eingekauft werden muss.

Kennzahlen



Struktur, Personal und Finanzen

Mit Stand Ende 2018 beschäftigte der NDB 343 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit insgesamt 316,4 Vollzeitäquivalenten. Das Geschlechterverhältnis betrug rund 1 zu 2. Der NDB legt besonderen Wert auf Familienfreundlichkeit. Er ist 2016 als eines der ersten Bundesämter als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden. Nach Erstsprachen aufgeschlüsselt waren knapp drei Viertel deutsch-, gut ein Fünftel französisch-, rund vier Prozent italienisch- und etwa ein Prozent romanischsprachig.

Die Aufwendungen der Kantone für ihre Nachrichtendienste wurden mit 12,4 Millionen Franken abgegolten, der Personalaufwand betrug 53’178’643 Franken, der Sach- und Betriebsaufwand 19’392’156 Franken.

Internationale Kooperation

Der NDB arbeitet mit ausländischen Behörden zusammen, die Aufgaben im Sinn des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) erfüllen. Der NDB vertrat hierzu die Schweiz unter anderem in internationalen Gremien. Im Einzelnen pflegte der NDB den Nachrichtenaustausch mit über hundert Partnerdiensten verschiedener Staaten und mit internationalen Organisationen, etwa mit den zuständigen Stellen bei der UNO und mit Institutionen und Einrichtungen der EU, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen. Der NDB erhält derzeit pro Jahr rund 12’500 Meldungen von ausländischen Partnerdiensten. An ausländische Partnerdienste gehen derzeit seitens NDB jährlich rund 6000 Meldungen.

Informations- und Speichersysteme

2018 gingen insgesamt 73 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 8 Datenschutzgesetz ein. In 33 Fällen informierte der NDB die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller darüber, ob und falls ja, welche Daten er über sie bearbeitet hatte. In den Fällen, in denen er tatsächlich Daten über die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller bearbeitet hatte, erteilte er unter Vorbehalt des Schutzes Dritter vollständig Auskunft.

In 35 Fällen wurde die Auskunft gemäss den gesetzlichen Bestimmungen aufgeschoben. In einem Fall wurde die eingeforderte Ausweiskopie trotz Mahnung nicht eingereicht und das Gesuch musste abgeschrieben werden. Zudem wurde ein Gesuch zurückgezogen. 3 Auskunftsbegehren waren Ende 2018 noch unbeantwortet.

2018 gingen beim NDB auch neun Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes ein.

Lagebeurteilungen

Der NDB legt jährlich seinen Lagebericht „Sicherheit Schweiz" vor. Dieser enthält den Lageradar, der in seiner klassifizierten Form der Kerngruppe Sicherheit monatlich zur Beurteilung der Bedrohungslage und zur Setzung von Schwerpunkten dient. Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Diese werden auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb des NDB, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit strategischen Berichten aus allen Bereichen des NDG und des klassifizierten Grundauftrags des NDB bedient, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form. So unterstützte der NDB auch 2018 die Kantone mit einem von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbund (World Economic Forum Davos).

Neben diesen vorwiegend strategisch angelegten Berichten übergibt der NDB Informationen in unklassifizierter Form an zuständige Behörden für die Verwendung in Straf- oder Verwaltungsverfahren. So stellte er 2018 der Bundesanwaltschaft 24, anderen Bundesbehörden wie dem Bundesamt für Polizei, dem Staatsekretariat für Migration oder dem Staatsekretariat für Wirtschaft 19 sowie kantonalen Behörden 2 Amtsberichte (ohne Nachträge zu bereits bestehenden Amtsberichten) zu. Davon betrafen 31 Berichte den Bereich Terrorismus, je 3 die Bereiche verbotener Nachrichtendienst beziehungsweise Proliferation, 4 den Bereich Cyber, 2 den Bereich Gewaltextremismus, und 2 weitere waren keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen.

Massnahmen

Terrorismusabwehr | Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB periodisch auf seiner Webseite.

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Dschihadreisende)

Präventions- und Sensibilisierungsprogramm Prophylax | 2018 setzte der NDB zusammen mit den Kantonen seine Präventions- und Sensibilisierungsprogramme Prophylax beziehungsweise im Bereich Hochschulen Technopol zur Sensibilisierung in Bezug auf illegale Aktivitäten im Bereich der Spionage sowie der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen fort. Der NDB und die kantonalen Nachrichtendienste sprachen zum einen Unternehmen und zum andern Hochschulen und Forschungsinstitute sowie Bundesämter an. 2018 wurden im Rahmen von Prophylax 91 und im Rahmen von Technopol 3 Ansprachen durchgeführt. Des Weiteren fanden 35 Sensibilisierungen in den Bereichen Spionage und Nonproliferation statt.

www.ndb.admin.ch/wirtschaftsspionnage

Kooperation zum Schutz kritischer Infrastrukturen | Melani ist ein Kooperationsmodell zwischen dem Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Eidgenössischen Finanzdepartement und dem NDB. Die strategische Leitung sowie das technische Kompetenzzentrum von Melani sind beim ISB, die operativen, nachrichtendienstlichen Einheiten von Melani sind beim NDB angesiedelt. Melani hat den Auftrag, die kritischen Infrastrukturen der Schweiz subsidiär in ihrem Informationssicherungsprozess zu unterstützen, um präventiv – und bei IT-Vorfällen koordinierend – das Funktionieren der Informationsinfrastrukturen der Schweiz zusammen mit den Unternehmen zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiteten im Berichtsjahr Melani und die Betreiber von mittlerweile 294 kritischen Infrastrukturen der Schweiz in einer sogenannten Public Private Partnership auf freiwilliger Basis zusammen. Melani publizierte zwei Halbjahresberichte zur Lage im Bereich Informationssicherung für die Öffentlichkeit, 123 Hinweise und Berichte für die Betreiber kritischer Infrastrukturen, 7 Fachberichte für den Bundesrat und die Partner im Nachrichtenverbund des NDB, 6 öffentliche Newsletter und Blogeinträge und bearbeitete rund 9000 Hinweise und Anfragen aus der Bevölkerung. Über das Portal antiphishing.ch gingen Meldungen aus der Bevölkerung zu über 5700 Phishingseiten ein.

www.antiphishing.ch

Genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen | Bei Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG kann der NDB genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen. Diese sind in Artikel 26 NDG geregelt. Sie müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und von der Vorsteherin des VBS nach Konsultation des Vorstehers des EDA und der Vorsteherin des EJPD freigegeben werden. Sie unterstehen einer engen Kontrolle durch die unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Auf Anregung der Geschäftsprüfungsdelegation wird neben der Anzahl von Operationen mit genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen und der Anzahl Massnahmen pro Aufgabengebiet des NDB neu auch die Zahl der von den Massnahmen betroffenen Personen veröffentlicht.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen

Aufgabengebiet (Art. 6 NDG)	*Operationen*	*Massnahmen*
Terrorismus	4	23
Verbotener Nachrichtendienst	4	170
NBC-Proliferation	0	0
Angriffe auf kritische Infrastrukturen	0	0
Total	**8**	**193**

Von den Massnahmen betroffene Personen

Kategorie	*Anzahl*
Zielpersonen	20
Drittpersonen (laut Artikel 28 NDG)	3
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	5
Total	**28**

Kabelaufklärung | Mit dem Nachrichtendienstgesetz hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Artikel 39 ff. NDG). Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert. Die Kabelaufklärung kann aber nur mit der Verpflichtung schweizerischer Anbieterinnen von Fernmeldediensten durchgeführt werden, die entsprechenden Datenströme an das Zentrum für Elektronische Operationen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Deshalb sieht das NDG in Artikel 40 f. für die Anordnungen an die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor. 2018 erging ein Kabelaufklärungsauftrag.

Funkaufklärung | Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Artikel 38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf. In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender. Im Gegensatz zur Kabelaufklärung ist die Funkaufklärung genehmigungsfrei, weil bei der Funkaufklärung keine Verpflichtung von Anbieterinnen von Fernmeldediensten zum Ausleiten von Daten notwendig ist. 2018 ergingen 31 Funkaufklärungsaufträge.

Überprüfungen im Bereich Ausländerdienst | 2018 prüfte der NDB 5443 Gesuche im Bereich Ausländerdienst auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit (Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie internationalen Funktionärinnen und Funktionären oder Visumsgesuche und Gesuche um Stellenantritt und Aufenthaltsbewilligung im ausländerrechtlichen Bereich). In 4 Fällen empfahl der NDB die Ablehnung eines Gesuchs um Akkreditierung, in 3 die Visumsverweigerung, in 4 die Ablehnung eines Gesuchs um Aufenthaltsbewilligung. Im Weiteren überprüfte der NDB 5333 Asyldossiers auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz. In 21 Fällen empfahl er aufgrund relevanter Sicherheitsbedenken die Ablehnung des Asylgesuchs beziehungsweise wies er auf ein Sicherheitsrisiko hin. Von den 49’168 Einbürgerungsgesuchen, die der NDB nach Massgaben des NDG überprüfte, empfahl er in 5 Fällen die Ablehnung der Einbürgerung beziehungsweise machte er Sicherheitsbedenken geltend. Im Rahmen des Schengen-Visakonsultationsverfahrens Vision überprüfte der NDB 900’880 Datensätze auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz. Er empfahl bei 4 Visumsgesuchen die Ablehnung. Ferner

beantragte der NDB bei fedpol, 101 Einreiseverbote (86 wurden verfügt, 15 waren bei Jahresende noch in Bearbeitung) und 1 Ausweisung (in Bearbeitung) zu verfügen. Daneben überprüfte der NDB die API-Daten (Advance Passenger Information) von 1'748'930 Personen auf 10'824 Flügen. API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten ergeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden.

Personensicherheitsprüfungen | Für die nationale Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen des Informations- und Objektschutzes im VBS und die Bundeskanzlei führte der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen 1262 Auslandabklärungen und 99 vertiefte Abklärungen von Personen durch, die in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichnet sind.

Abkürzungsverzeichnis

ALF	Animal Liberation Front
AQAH	al-Qaida auf der arabischen Halbinsel
AQIM	al-Qaida im islamischen Maghreb
AQIS	al-Qaida auf dem indischen Subkontinent
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EU	Europäische Union
HTS	Hayat Tahrir al-Sham / Organisation für die Befreiung der Levante
IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
INF-Vertrag	Intermediate Range Nuclear Forces Treaty
ISB	Informatiksteuerungsorgan Bund
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action
JNIM	Gruppe zur Unterstützung des Islams und der Muslime
Melani	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
NDG	Nachrichtendienstgesetz
OPCW	Organisation für das Verbot chemischer Waffen
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
WADA	Weltantidopingagentur
WEF	World Economic Forum

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
Februar/März 2019

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.19d
ISSN 1664-4670

SICHERHEIT SCHWEIZ
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
www.ndb.admin.ch / info@ndb.admin.ch